

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Skeptische Wissenschaftler, himmelstürmend oder aus dem Himmel stürzend? Eine mögliche Antwort geben die Fresken im Benediktinerstift Admont.

- *Schonende Modernisierung und abspeisende Reformen – S. 4*
- *Entwurf Europawahlprogramm der Linken, sicher noch ausbaufähig – S. 5*
- *Vor der Oberbürgermeisterwahl: München für alle – S. 14*
- *Europäischer Arbeitsschutz: Abbrucharbeiten mit dem Refit-Programm – S. 16*
- *Der verlorene Himmel: wie säkular ist unsere Gesellschaft? – S. 18*

Ausgabe Nr. 12 am 5. Dezember 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „*Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung*“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Linke Hessen: „Warum ist der Politikwechsel in Hessen gescheitert?“

Inzwischen scheinen die Konsequenzen der Landtagswahl in Hessen festzustehen (siehe auch Politische Berichte Nr. 10/2013). Es gab längere Sondierungsgesprächen zwischen den verschiedenen Parteien. Einerseits verhandelte die SPD mit den Grünen und der Linken in Richtung Rot-rot-grün. Die FDP hatte von vornherein erklärt, nicht mit SPD und Grünen in eine Regierung zu gehen, mit der CDU reicht es nicht. Andererseits verhandelte die CDU zunächst mit der SPD über eine große Koalition, wozu die SPD nicht richtig bereit war. Jetzt gibt es Koalitionsverhandlungen der CDU mit den Grünen, eine schwarz-grüne Regierung dürfte im Januar im Landtag zustande kommen. Am 27. November gab die Linke Landesverband Hessen zu den gescheiterten Verhandlungen mit SPD und Grünen über eine Regierungsbildung folgende Erklärung ab:

Ein Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit und die Abwahl von Ministerpräsident Bouffier waren nach der Landtagswahl möglich. „Warum ist der Politikwechsel gescheitert?“, fragen viele Wählerinnen und Wähler von SPD, Grünen und der Linken, die dringend auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation gehofft haben.

Knackpunkt der Sondierungsgespräche, die wir über 20 Stunden lang mit SPD und Grünen geführt haben, war immer wieder die Finanzpolitik. Noch im Wahlkampf haben auch SPD und Grüne Mehreinnahmen gefordert, weil ohne eine andere Steuerpolitik die „Schuldenbremse“ nicht eingehalten werden kann. Davon wollten sie jetzt nichts mehr wissen.

Mehr soziale Gerechtigkeit für weniger Geld? Geht das?

Nach der Wahl verzichtete die SPD auf der Bundesebene noch vor ihren ersten Gesprächen mit der CDU auf die Forderung nach einer Vermögenssteuer, die dem Land Hessen eine Milliarde Euro Mehreinnahmen pro Jahr gebracht hätte. Der hessische SPD-Vorsitzende, Thorsten Schäfer-Gümbel, der im Bund zeitgleich mit der CDU verhandelte, hat den Politikwechsel in Hessen aufgegeben, um die große Koalition in Berlin möglich zu machen. Belohnt wurde er dafür mit dem Vize-Parteivorsitz der Bundes-SPD.

Und die hessischen Grünen? „Wer Linkspartei wählt, läuft Gefahr, mit Bouffier aufzuwachen. Wir brauchen in Hessen den inhaltlichen Wechsel“, so steht es zurzeit noch auf ihrer Homepage. Tatsächlich waren es besonders die Grünen, die in den Sondierungsgesprächen mit der SPD und uns auf Einsparungen im Haushalt durch Stellenkürzungen vor allem im Bildungs-

bereich bestanden. Schlimmer kann ein Wahlbetrug nicht ausfallen: Auch die Grünen wissen, mehr soziale Gerechtigkeit für weniger Geld geht nicht.

Scheitern nicht an den Kernforderungen, sondern an den „Minimalforderungen“

Die Linke hat vorgeschlagen, unsere Vereinbarungen zum Koalitionsvertrag von SPD und Grünen aus dem Jahr 2008, auf dessen Grundlage wir bereit waren, Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zu wählen, zum Ausgangspunkt für den Politikwechsel 2014 zu machen. Es hat uns erschüttert, dass SPD und Grüne das Papier noch nicht einmal mehr kannten.

In detaillierten Gesprächen haben wir große Übereinstimmung in den Bereichen Arbeit (Tariftreue- und Vergabe-gesetz, Ausweitung der Mitbestimmung), Bildung, Energiewende, Wohnen und direkte Demokratie festgestellt. Die Meinungsverschiedenheiten beim Thema Fluglärm mit der SPD und in der Bildungspolitik (Rücknahme der Verlängerung der Schulzeit an Gymnasien und des Kinderförderungsgesetzes der schwarz-gelben Landesregierung) hielten wir für möglich.

Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, dass wir unsere Kernforderungen nicht auf Biegen und Brechen durchsetzen, sondern Schritte in diese Richtung verbindlich vereinbaren wollen:

- Schaffen von 30 000 Lebensunterhalt sichernden Arbeitsplätzen zu einem Mindestlohn von mindestens zehn Euro, statt prekärer Beschäftigung, mit einer Milliarde Euro jährlich aus der Vermögensteuer.
- Ausbau des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, um Mieten für alle erschwinglich zu halten. Das bedeutet: jährlich 4 000 neue Sozialwohnungen und 2 000 Wohnungen für Studierende und
- eine gute Bildung für alle Kinder in einer Schule für Alle. Das bedeutet: bessere Ausstattung der Kitas und Schulen, in der Legislaturperiode müssen unter anderem 7 000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und Klassen kleiner werden. Die schleichende Ökonomisierung von Schule, wie sie das hessische Schulgesetz vorantreibt, muss überwunden werden.

An diesen Forderungen sind die Gespräche nicht gescheitert, sondern an unseren Minimalforderungen: Wir haben im Wahlkampf gesagt, dass wir Bildungs- und Stellenabbau ebenso wenig mittragen können wie weiteren Sozialabbau. Das haben wir immer gesagt und kann jetzt nur jemanden überraschen, der nach der Wahl seine Versprechen sofort wieder vergisst. Für Die Linke heißt Verlässlichkeit,

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

nach der Wahl genau das zu tun und zu sagen, wie vor der Wahl im Wahlkampf: „Die Linke beteiligt sich nicht an Regierungen, die Sozialabbau, Privatisierungen und Stellenabbau betreiben.“

Streitpunkt: Bessere Bildung für alle mit weniger Lehrerinnen und Lehrern?

In den Sondierungsgesprächen wurde deutlich: SPD und Grüne wollen sparen, dass es kracht. Vor allem auf Kosten des beim Land beschäftigten Personals. Besonders kräftig soll dieser Stellenabbau im Bildungsbereich ausfallen. Das wollen besonders die Grünen, weil dort wegen weniger Kindern angeblich weniger Personal gebraucht würde – „demographische Rendite“ nennen sie das. (Wir schlagen diesen Begriff als „Unwort des Jahres“ vor.)

Mal abgesehen davon, dass die Demographen sich noch immer verrechnet haben mit dem Bevölkerungsrückgang, brauchen wir mehr Stellen für die Umsetzung des Ganztagschulbetriebs, von kleineren Klassen und der Inklusion sowie zur Reduzierung der bundesweit einmalig hohen Wochenarbeitszeit der hessischen Lehrerinnen und Lehrer.

Zudem sinken die Schülerinnen- und Schülerzahlen nicht in den Ballungsgebieten, sondern eher im ländlichen Raum. Dort würde ein Stellenabbau aber häufig zur Schließung ganzer Schulen führen, mit längeren Schulfahren als Konsequenz. Wir sehen einen solchen Abbau von Bildungsangeboten nicht als einen Politikwechsel, sondern als verschärfte Fortführung der bisherigen falschen Politik von CDU und FDP an.

Selbstverständlich wollen auch wir weniger Schulden, weil die Zinsen das Land auffressen und den Banken und Reichen zugutekommen. Doch unsere Einsparvorschläge sind entweder politisch nicht gewollt oder angeblich nicht umsetzbar. Und leider war es für SPD und Grüne keine Option, durch eine gerechtere Steuerpolitik zu Mehreinnahmen in hessischen Kommunen und dem Land zu kommen.

Im öffentlichen Dienst kann nach Auffassung der Linken geprüft werden, ob in einzelnen Bereichen Stellen reduziert werden könnten, um an anderer Stelle sinnvollere Stellen zu schaffen. Aber ein drastisches Zusammenstreichen des öffentlichen Dienstes lehnt Die Linke ab, gerade angesichts der bundesweit höchsten Wochenarbeitszeit und dem Wahlversprechen der bisherigen Oppositionsparteien, diese wieder auf 40 Stunden zu reduzieren. Das gilt besonders für den Bildungsbereich.

UmFAIRteilen: Den Reichen nehmen und den Armen geben!

Wir halten an unserer Forderung fest, dass Konzerne, Banken, Millionäre,



HANNOVER. Am 20. November 2013, dem diesjährigen Buß- und Betttag der evangelischen Gläubigen, hielten Mitglieder des Friedensbüros Hannover vor dem Sitz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine Mahnwache. Vor den Fenstern des Hauptsitzes der EKD ließen sie eine Drohne aufsteigen, an der das Transparent mit dem Text „Krieg beginnt hier“ baumelte. Damit wollten die Friedensaktivisten auf die zunehmende Verquickung der EKD mit Krieg und soldatischer Tradition hinweisen.

Die EKD hat sich bisher nicht entschließen können, Überwachungs- und Kampfdrohnen abzulehnen. Im Gegenteil: wie bisher betreibt die Kirche kriegsgerische Unterstützung durch ihre Militärseelsorgedienste bei der Bundeswehr. Neuerdings stellt sie auch ihre kirchlichen Räume für Militärkonzerte und Trauergottesdienste für „gefallene“ Soldaten zur Verfügung, indem sie ihr eigenes Hausrecht dort militärpolizeilicher Befehlsgewalt durch die Feldjäger unterstellt.

Quelle: <http://frieden-hannover.de/protest-vor-der-ekd/>
- Karl-Helmut Lechner

Spitzenverdiener und reiche Erben mehr zur Finanzierung des Allgemeinwohls beitragen müssen. Allein die Wiederherstellung der Steuergesetze unter Helmut Kohl würde viele Milliarden Mehreinnahmen bringen. Durch die Steuersenkungen sind dem Land Hessen seit 1998 über 10 Milliarden Euro verloren gegangen. Das ist rund ein Viertel der hessischen Staatsschulden. Eine Politik, die die Steuereinnahmen durch Geschenke an die Reichen senkt, und anschließend durch die Einführung von „Schuldenbremsen“ Sozialkürzungen erzwingt, ist sozial – gleichgültig ob sie von CDU und FDP, CDU und SPD oder CDU und Grünen betrieben wird. Die Linke steht dafür

nicht zur Verfügung.

Opposition ist nicht „Mist“, sondern die Bedingung von Demokratie

Als „Mist“ hat ein ehemaliger Vorsitzender der SPD die Oppositionsrolle beschrieben. Das teilen wird nicht. Eine konsequente Opposition, die Alternativen aufzeigt, ist die Grundvoraussetzung für Demokratie. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Bürgerinitiativen werden wir noch stärker für bezahlbare Wohnungen, für Löhne und Renten, von denen man leben kann, für gute Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, kurz: für mehr soziale Gerechtigkeit streiten!

Schonende Modernisierung und abspeisende Reformen

Die Koalition von CDU, SPD und CSU steht vor der Tür. Die SPD-Mitglieder werden der Vorlage den Segen geben. Der Vorstand der SPD hat die Beratungen über anstehende Regierungsvorhaben den Verfahren angelehnt, die bei Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden. Er hat verhandelt, um für seine Mitglieder etwas herauszuholen. Aus dieser Perspektive ist das Ergebnis unbedingt gut. Diese Perspektive ist aber gleichzeitig unpolitisch. Sie argumentiert nicht mit der Richtung der Staatstätigkeit und dem Einfluss, den diese auf die Entwicklung des Landes nehmen kann, sondern klientelistisch. Dieser Befund bezieht sich nicht auf den Inhalt des Vertragswerkes, sondern auf den Ausschnitt, über den öffentlich diskutiert wird, und auf die Art und Weise, mit der diskutiert wird.

Beispiel Maut

Ein etwas entlegenes Beispiel dafür ist die Maut. Letztlich geht es dabei um die Zukunft des Systems Individualverkehr/Autobahn. Es steht die Frage, ob die Autobahnen als öffentliches Gut für

den Benutzer kostenfrei bereitgestellt werden sollen oder ob die Nutzer besonders in Anspruch genommen werden. Da die technische Erneuerung des Autobahnsystems ansteht (viele Brücken und Straßenabschnitte sind alt und ein Baufall), die Automatisierung des Fahrvorgangs schon eingesetzt (Navi) hat und nicht am Ende ist, Veränderungen der Antriebssysteme im Gange sind, steht eine Richtungsentscheidung an. Kommt die Maut, so wird dieser Prozess anders gesteuert als bisher. Es entsteht eine Interessenverbindung zwischen Staat und Teilnehmern des Individualverkehrs, in der die Öffentlichkeit nicht mehr so viel verloren hat. Denn: Die Autofahrer zahlen es ja! Konstruktionen werden möglich, die diesen wichtigen Leistungsbereich ganz aus der Obhut der Öffentlichkeit nehmen und Privaten übertragen. Die Abwehr der Maut-Pläne durch CDU und SPD spitzte sich auf die Punkte zu: Die Autofahrer dürfen nicht mehr belastet werden. Eine Ungleichbehandlung von Ausländern verbietet die EU. Das hat zu einer unterkomplexen Diskussion des Problems geführt.

Das ist dann schon das Stichwort für die Schwierigkeiten, die auf linke Kritik im weitesten Sinne zu kommen werden. Die Politik der abspeisenden Reformen räumt weite Felder des politischen Handelns für Konzepte frei, die von den Spitzen des Staates und der Wirtschaft ausgetüftelt und an einer gezielt desinteressierten Öffentlichkeit vorbei durchgezogen werden.

Beispiel Außen- und Sicherheitspolitik

Dieser Prozess hat nicht mit der Diskussion um den Koalitionsvertrag eingesetzt. Äußerst wirksam in diesem Sinne war beispielsweise die in der letzten Legislaturperiode vorgenommene Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht. Es ist unverkennbar, dass die damit verbundene

Entlastung der Einzelnen der Diskussion um die Friedenspolitik irgendwie den Wind aus den Segeln genommen hat. Die unmittelbare Verbindung von persönlicher und politischer Verantwortung, wurde abgebrochen. Jetzt müssten die Fragen auf der rein politischen Ebene diskutiert werden, und es zeigt sich, wie schwierig das dann ist. Es ist ja nicht zu verkennen, dass die im weitesten Sinne linke Friedenspolitik eine Position zur Rolle der UNO in entgleisenden Modernisierungskonflikten der Zeit noch sucht, und man kann auch nicht behaupten, dass die naheliegende Problematik der Abgrenzung zwischen Russland bzw. den GUS-Nachfolgestaaten und der EU irgendwie geklärt wäre. So war es möglich, dass die Heranziehung der Bundesrepublik durch die Vetomächte des Sicherheitsrates bei der Bestimmung der Politik gegenüber Iran eigentlich gar keine Aufmerksamkeit fand. Sollte Iran aus den Bahnen des jetzt gefundenen Abkommen ausbrechen, wird die BRD den damit verbundenen Anspruch einlösen müssen. Im Koalitionsvertrag steht irgendwo hinten und weithin unbeachtet, dass die BRD bereit bleibe, „mehr Verantwortung auf Ebene der Vereinten Nationen zu übernehmen, auch mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat“. (Seite 171)

Beispiel Betreuungsgeld

Die Methode der Abspeisung und der Reduktion von politisch urteilenden Bürgern auf Einzelinteressen bestimmt nicht nur die Umgangsformen mit linken Reformbestrebungen. Sie funktioniert auch in Richtung der Richtung von Konservatismus und Traditionalismus. Das gegebene Beispiel dafür ist das Betreuungsgeld. In dieser hitzig geführten Debatte wurde im Wahlkampf deutlich, dass fundamental inspirierte Argumente, auch wenn sie noch so trivial formuliert werden (Herdprämie!), nicht durchgreifen. Sie kriegen einen Schlag gegen verständliche Interessen der unmittelbar Betroffenen. In den Hintergrund gerät, dass die Kombination von häuslichem Leben und Erwerbsleben und von häuslicher Erziehung und Erziehung in öffentlichen Einrichtungen im beständigen Fluss ist, zwischen den Lebensentwürfen, zwischen den Lebensabschnitten, mit dem Wechsel der Einkommenslage. Irgendwie ist ausgerechnet die Union in die Lage geraten, Verständnis für die ganze Breite des sozialen Lebens zu

NICHT GELIEFERT!

8,50 Euro Mindestlohn	☐
Frauenquote in Aufsichtsräten	☒
Mehr Steuergerechtigkeit	☒
Bekämpfung der Altersarmut	☐
Bürgerinnen- und Bürgerversicherung für Pflege und Gesundheit	☒
Betreuungsgeld abschaffen	☒
Adoptionsrecht für homosexuelle Partnerschaften	☒
Doppelte Staatsbürgerschaft	☐
Stromsteuer um 25 Prozent absenken	☒
Mietpreisbremse	☐
Keine PKW-Maut	☒
Waffenexporte in Krisenregionen verbieten	☒
Volksentscheide auf Bundesebene	☒
Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung	☒
Kurswechsel in der Europapolitik	☒

Plakative Kritik der Linksfraction am Koalitionsvertrag

zeigen, während die linke Kritik in den Geruch kam, Emanzipation auf eine mitleidlose, beinahe schon inhumane Art zu buchstabieren.

Die hier aufgeführten Beispiele sind herausgegriffen und umfassen keineswegs alle oder auch nur die wichtigsten Punkte, die im Koalitionsvertrag geregelt sind (weitere Einzelkritiken vor allem von Initiativen und Organisationen sind überall in diesem Heft zu finden). Sie sind aber symptomatisch.

Die kommende Koalition hat die Kunst des Abspeisens weit entwickelt. Es gibt aber Gebiete, auf denen diese Künste nicht funktionieren. Ein Beispiel: Die Finanzierung von Bund,

Ländern und Gemeinden ist instabil. Unter den gleichen gesetzlichen Voraussetzungen geht es einem nicht kleinen Teil der Kommunen ganz gut, ein anderer, tatsächlich ein ziemlich großer, kann aus den Schulden nicht herauskommen, notwendige Einrichtungen verfallen. Der Länderfinanzausgleich liegt bereits vor dem Bundesverfassungsgericht, und auch hier ist klar, dass einige Länder florieren, während andere chronisch unterfinanziert sind. Das ganze föderale System und die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung sind instabil. Im Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger kommt diese Problematik so schnell

nicht an. Die große Koalition wird sich damit beschäftigen. Wird sich die linke Kritik des schwierigen Zusammenhangs von Demokratie und Finanzierungswegen annehmen oder lässt man auch diesen Fall bei den Fachleuten, außerhalb der Öffentlichkeit. Mit einem Quäntchen Übertreibung könnte man unken: Die linke Öffentlichkeit auf dem Weg in die selbstverschuldete Unmündigkeit. Große öffentliche Diskurse suchen sich ihre Form und Bezugspunkte. Die öffentliche Debatte um den Koalitionsvertrag ist auf die Schmalspur geraten.

Martin Fochler

•

Europawahlprogramm 2014: Leitantrag des Parteivorstandes der Linken vom 23./24. 11.2013

Nach kontroverser Debatte: deutliche Richtung, aber sicher noch ausbaufähig

Auf der Sitzung des Parteivorstandes der Linken vom 23./24. November 2013 wurde nach langer und – wie es heißt – kontroverser Debatte ein Leitantrag des Parteivorstandes zum Europaparteitag in Hamburg am 15./16. Februar 2014 für das Europawahlprogramm 2014 beschlossen. Mit 18:5:8 Stimmen entschied der Parteivorstand, einen von den beiden Vorsitzenden zusammen mit einer Arbeitsgruppe erarbeiteten und eingebrachten Vorschlag als Grundlage zu nehmen und nicht den von Dieter Dehm und anderen vorgeschlagenen.

Am Samstag den 30.11.2013 wählte der Bundesausschuss eine Vorschlagsliste für die Kandidatinnen und Kandidaten der Liste zur Europawahl. Dabei wurde Gabi Zimmer, Vorsitzende der Europafraktion der linken Fraktion GUE/NGL im Europaparlament und Leiterin der Delegation die Linke als Spitzenkandidatin nominiert. Auf Platz zwei wurde nach mehrmaliger Stimmengleichheit und Losentscheid Tobias Pflüger gegen den bisherigen Europaabgeordneten Thomas Händel gesetzt. André Brie und der derzeitige Europaabgeordnete Jochen Kluthe wurden nicht mehrheitlich vorgeschlagen. Die tatsächliche Wahl zur Europa-liste erfolgt auf dem Europaparteitag am 15./16. Februar 2014 in Hamburg.

Der vom Parteivorstand abgelehnte Alternativentwurf

Wahrscheinlich erfordert eine angemessene Beurteilung des beschlossenen Antrages auch einen Blick auf den im Parteivorstand abgelehnten Antrag von Diether Dehm und anderen, der auch gewisse Unterstützung unter Mitgliedern des Parteivorstands fand.

Dieser Antrag beginnt mit der Überschrift „Mut für ein anderes Europa“, dem Grundgesetzzitat „die Würde des Menschen ist unantastbar“ und Auszügen aus dem Tucholsky-Gedicht „Der Graben“ von 1926. An den Schlussvers „Reicht die Bruderhand als schönste aller Gaben übern Graben, Leute, übern Graben“ aus der Zeit zwischen den Weltkriegen schließt dann die Entwurfsformulierung an: „Aber die die EU hat viele Gräben noch tiefer gemacht: zwischen den Aufrüstern und den friedlich Gesinnten, zwischen den Armen und den Superreichen.“

Der Entwurf von Dehm und anderen entwickelt dann seinen Duktus aus der personalisierten Polemik gegen „die“ europäischen „Eliten“ als entscheidende Ursache aller Übel in Europa, wobei man sich „diese Eliten“ ja noch gefallen lassen würde, wenn sie denn aus wirklich klugen, vorausschauenden, ökologischen usw. Menschen bestünden – (was sie natürlich nicht sind). „Diese Eliten“ sprechen dann auch „Fachchinesisch“, unverständliche Sprache und sind nur unter sich. „Wir“ dagegen sprechen ordentlich und verständlich mit den Menschen, denn Europa soll Spass zum Mitmachen machen. Deshalb besteht der Text dann auch aus 15 Seiten oft eher hingeworfenem und schwach ausformulierten Textteilen, in denen u.a. das deutsche Grundgesetz gegen Europa ausgespielt wird und dann aus rund 13 Seiten „Glossar EU-Fachchinesisch-Deutsch“. Ein leicht dunkler, aber gleichwohl bemerkenswerter Abschnitt lautet: „Ohne ihre (der Sozialstaatlichkeit und der Demokratisierung, d. Verf.) Verwirklichung machen aber auch der Euro-Ausstieg oder ein Festhalten an ihm keinen wirklichen

Unterschied: Währungen alleine sind keinerlei Lösungen, solange die Krisenverursacher und Profiteure weiter spekulieren dürfen. Weder Rettungspakete für die Spekulationsbanken, noch Heilsversprechen durch Euro-Austritt bewältigen die Krise, sondern nur: kräftig mehr Demokratie wagen – und kräftig mehr Nachfrage auf den Binnenmärkten! In diesem Sinne: Eine Stimme für Die Linke bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ist eine Stimme für unser gutes Grundgesetz, seine Sozialstaatlichkeit und das Angriffsverbot, das unser Grundgesetz verbindlich vorschreibt. In diesem Sinne bitten wir um Deine Stimme.“

Es ist beunruhigend, dass ein solches Machwerk, „links“ und bemüht locker im aufgeblähten GG-Mantel deutscher Nationalstaatsverteidigung daherkommend, überhaupt die „Endausscheidung“ für die Grundlage zum Europawahlprogramm der Linken erreichen konnte.

Der beschlossene Leitantrag

Der beschlossene Leitantrag zum Europawahlprogramm 2014 dagegen gliedert sich nach einem Einleitungsteil in drei Hauptabschnitte und einen Schlussteil „Europa verändern“. Die Hauptabschnitte sind: „1. Soziales Europa“: „Gerecht und solidarisch aus der Krise“, „Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in ganz Europa“, „Wirtschaft sozial und ökologisch umgestalten“. 2. Demokratisches Europa, 3. Für ein friedliches Europa – nach Innen und Außen.

Ein wichtiger Grundgedanke des Leitantrages ist, dass Die Linke sich das Europa, die Währungsunion, die EU, die wirtschaftliche Verflechtung

und Kapitalkonzentration, die Wirtschafts- und Finanzkrise – kurz die Realität – nicht aussuchen kann, in der sie gemeinsam mit anderen für eine Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft, europäischem Staatenverbund und Politik in den europäischen Ländern eintritt. Das ist eine zurückhaltend formulierte, aber deutliche Abgrenzung gegen verschiedenste in der Linken kursierende nationalstaatlich eingefärbte Europakritiken und gegen die untätig abstruse Idee: „alles zurück und neu anfangen mit Europa, wie wir es uns wünschen“. Dazu heißt es im Einleitungsteil des beschlossenen Antrags:

„Für Die Linke stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir führen Kämpfe dort, wo sie stattfinden, in der EU, in Deutschland, weltweit. Nicht, indem wir uns zurückziehen auf den Nationalstaat, in der Hoffnung, dass sich Löhne und Sozialstandards leichter verteidigen lassen. Nicht, indem wir uns Illusionen machen über die neoliberale Europäische Union. Wir müssen sowohl in Europa als auch in Deutschland um gute soziale Standards ringen. Die Spirale der Konkurrenz um Standorte und niedrige Steuern für Unternehmen muss gestoppt werden.“ Diesen Gedanken nimmt der Schlussteil wieder auf: „Wir lassen uns nicht darauf ein, uns zwischen einer neoliberalen EU und einem neoliberalen Nationalstaat zu entscheiden. Kapital und Konzerne sind längst europäisch und international verflochten und vernetzt und setzen diese ökonomische Macht auch politisch ein, um ihre Interessen durchzusetzen.“

Schwerer tut sich der Antrag dagegen mit der Behandlung der realen Verbindung von nationalen Staaten, der europäischen Integration und der institutionellen Entwicklung der EU. Die europäische Integration ist ein realer und krisenhafter Prozess, dessen tatsächliche Verlaufsformen und politische und wirtschaftliche Ausgestaltung das Resultat von Konkurrenz, Konflikt aber auch Kooperation der beteiligten Staaten und der Politik der gesellschaftlichen Kräfte, der politischen Interessen und auch der Parteien in diesen Ländern ist. Immer gab und gibt es in diesem Prozess die beiden divergierenden Tendenzen der Integration durch Vorherrschaft und Dominanz oder durch und mit Kooperation, Ausgleich, Respektierung der beteiligten Interessen und durchaus auch mit Demokratie. Hier wäre im Antrag unter Umständen auch ein kurzer historischer Bezug auf die europäische Integration und die Entwicklung der EU nützlich, in dem sich dann auch ergibt, dass viele Entwicklungen der europä-

LINKE POLITIK IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UNSERE THEMEN. UNSERE IDEEN. UNSERE ZIELE.

EINE KLEINE BILANZ

Broschüre der Linken Fraktion im
Europäischen Parlament

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL

VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT

ischen Integration Gegenmaßnahmen der anderen europäischen Staaten gegen das Wiedererstarken Deutschlands und deutsche Vorherrschaft warten und sind.

Der Entwurf wählt allerdings den argumentativen Anschluss des gefühlten Wunsches vieler Menschen nach Offenheit und Internationalität zur Kritik an nationaler Enge, wenn es heißt: „Vielen Menschen ist das Nationale zu eng. Auch für uns. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien streiten wir für eine neue, andere Europäische Union.“ Die emotionale Abwehr nationaler Enge und Engstirnigkeit vieler Menschen dürfte aber kaum ausreichen als Basis zur Kritik der Nationalisierung sozialer und politischer Konflikte durch AfD und Rechte in Deutschland und Europa.

Angeichts der Tatsache, dass die Linke bei den Bundestagswahlen über 300 000 Wählerinnen und Wähler an die AfD verloren hat, müsste die mehr gelegentliche Kritik der AfD im beschlossenen Entwurf durch eine deutliche und ausdrücklichere, für den Wahlkampf praxisorientierte Fassung der Auseinandersetzung mit der Rechte ersetzt werden.

Deutlich und praktisch wird dagegen im Entwurf der internationale Bezug und die Solidarität mit den sozialen und politischen Bewegungen in den europäischen Ländern formuliert.

Die Auswirkungen der Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Länder und die forcierte Exportpolitik Deutschlands werden benannt und kritisiert. Zur Währungsunion und zum Euro heißt es z.B.: „Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt Die Linke nicht für eine Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Kürzungspolitik (Austerität) beendet wird. Die Währungsunion muss neu

ausgerichtet werden, damit sie nicht die Spaltung weiter vertieft, sondern die gravierenden Ungleichgewichte überwindet, und eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa befördert.“

Aus der Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung werden aber nicht der Wunsch, das Ziel und vor allem die notwendigen Reformen für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa entwickelt und gefordert.

Stattdessen benennt der Entwurf als Ausgangspunkt für die Krise in Europa und die Fehlentwicklungen Europas und der EU die Banken und die Bankenmacht. So unzweifelhaft es

ist, dass die Bankenkrise von 2008 ein wesentlicher Treibsatz für die Finanz- und Staatsschuldenkrise war und ist, so schwierig wird es, daraus die Krise Europas, der EU und in Europa erklären zu wollen und wirtschaftliche, finanzpolitische und institutionelle Reformen daraus zu entwickeln.

Da aber die folgenden Teile „Soziales Europa“, „Demokratisches Europa“ und „Friedliches Europa“ jeweils als kurze abgeschlossene Einzelteile mit klarer Untergliederung gehalten sind, können sie auch einzeln diskutiert, geändert und/oder erweitert und ihm Wahlkampf eingesetzt werden. In diesen Einzelabschnitten werden neben dem Thema der Banken- und Finanzregulierung verschiedene Forderungen und Vorschläge wirtschaftlicher und institutioneller Reformen unter der Grundidee eines sozialen und demokratischen Europas formuliert.

Beim gegenwärtigen Diskussionsstand in der Linken hat die „Methode Baukasten“ im Hauptteil des Programmes auf jeden Fall Vorteile. Sie ersetzt den Anspruch des großen Entwurfs einer allumfassenden Systematik linker Europapolitik, die sowieso nicht gelingen kann, durch das Angebot eines Europawahlprogramms „zum Mitmachen“ in Entwurf, Beschlussfassung und Umsetzung. Da ist noch einiges mitzumachen, aber es ist immerhin möglich. Auf den noch stattfindenden Veranstaltungen und Diskussionsrunden vor dem Europaparteitag und bis zur Europawahl können sich alle Mitglieder und Interessierte intensiver mit „Baukastenteilen“ befassen, die ihnen in Interesse, Erfahrung und Tätigkeitsgebiet nahe liegen.

Auch die genannten und sicher auch noch weitere Themen und auch Schwachpunktthemen im Einleitungs- und Schlussteil werden noch die eine oder andere fruchtbare Grundsatz- und Antragsdiskussionen ermöglichen, aber auch nötig machen.

Christoph Cornides

Wohin begibt sich die Ukraine?

Nelia Vakhovska

Auch wenn die Ereignisse derzeit bald täglich neue Lagen ergeben, so dass Berichte in nicht tagesaktuellen Medien gar nicht nachkommen, finden wir einen Hintergrundbericht wie den folgenden aus den Osteuropa Nachrichten der Rosa Luxemburg Stiftung wichtig für die Einschätzung.

Am 28. und 29. November sollte in Vilnius das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, Moldau und Georgien unterzeichnet werden. Die EU hatte elf Bedingungen für die Ukraine formuliert, zu denen unter anderem die Modernisierung der Industrie, die Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise für die Allgemeinbevölkerung und die Freilassung von Julia Tymoschenko für die Behandlung im Ausland gehörten. Das ukrainische Parlament hat sich geweigert, das Gesetz zur Freilassung von Tymoschenko zu verabschieden. Das Ministerkabinett hat danach am 21. November die Entscheidung getroffen, die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen auf Eis zu legen. Am nächsten Tag äußerte die Ex-Ministerpräsidentin Tymoschenko ihre Bereitschaft im Gefängnis zu bleiben, um den Prozess der EU-Annäherung der Ukraine nicht zu gefährden und rief den Präsidenten dazu auf, das Abkommen um jeden Preis zu unterzeichnen.

Viktor Janukowytsch erklärte aber, dass diese Entscheidung an dem ökonomischen Druck und der Erpressung seitens des Kremls liege und dass die Ukraine 10 Milliarden Euro IMF-Kredit für die Stabilisierung der Modernisierungskrise und keine Begrenzungen für den Export der Produkte von der Metallurgie brauche. Die Presse berichtete gleich, Janukowitsch habe sich in Richtung Kreml gewendet, am Freitagabend sind die Leute auf den Maidan Nesalezhnosti/Platz der Unabhängigkeit – den Schauplatz der Orangen Revolution 2004 – gezogen, die neue „Revolution“ stand an. Feurige Aufrufe aus dem Charkiwer Knast, leicht hysterisches Geschrei der oppositionellen Politiker auf der Bühne, in Kiew stehen die Protestierenden auf dem „Euromaidan“ unter Regen und Schnee. 100 000 zählt die Opposition, 20 000 die offiziellen Quellen. Die beiden größten Kiewer Universitäten lassen den Unterricht ausfallen, damit die Studenten dem Protest beitreten können. In anderen großen Städten entstehen Demos, es gibt widersprüchliche Berichte von Provokationen durch russische Speznas (militärische Einheit für besondere Verwendung) und Ge-

walteininsatz vor dem Ministerkabinet.

Keine einheitliche Führung

Der Unterschied zu den Protesten von 2004 ist offensichtlich: es gibt keine einheitliche politische Führung. Die Opposition bestehend aus den konservativen Parteien „Udar“ von Vitali Klitschko und „Batkivshchyna“ von Julia Tymoschenko/Olexandr Turtschynow – geht das Bündnis mit der sogenannten nationalistischen, im Grunde aber rechtsradikalen „Swoboda“ von Oleg Tiagnybok ein und diskreditiert sich damit. Ein Teil der Protestierenden ist sehr unzufrieden mit den aggressiven Swoboda-Slogans und den Versuchen der Politiker, für sich zu werben. Viel wärmer reagiert man auf die Auftritte der Intellektuellen und Künstler. Letztendlich spaltet sich der Protest geografisch in zwei naheliegende Orte – den Europaplatz für den parteiischen Protest und den Maidan Nesalezhnosti für Nicht- und Außerparteiliche. Der zweite zieht wesentlich mehr Menschen an. Nichtsdestotrotz bleibt der Maidan von den nationalistischen Slogans dominiert.



Antirussische Demonstration am Unabhängigkeitstag (Foto: flickr, Gregor Joham)

Während der Demonstration kam es zu gewalttätigen Angriffen gegenüber einer Gruppe von Feministinnen und Anarchist:innen. Die Spannung steigt. Am 26. November vereinigen sich beide Proteste wieder, parteiische Symbolik wird abgeschafft.

Was die Leute zusammenreibt, ist die Angst und Abneigung vor Putins imperialistischer Politik. Die möglichen Folgen des EU-Assoziierungsabkommens werden jedoch weder artikuliert noch diskutiert. Der Historiker und Journalist Andrij Portnov beschreibt die Situation so: Während einer studentischen Demonstration in Lviv/Lemberg verhinderten die Demonstrierenden, dass der rechtsnationale Swoboda-Abgeordnete Jurij Mychaltshchyn zu Wort kommt. Für die parteiische Opposition in Kiew jedoch scheint die Kooperation mit

Swoboda weniger problematisch zu sein. „Anders strukturierte politische Kräfte gibt es im Moment aber nicht. Eine klare Strategie der EU fehlt auch erheblich. Und die ästhetisch begeisterte Protestbewegung benötigt weiterer politischer Konkretisierung und Rationalisierung.“

Während der Präsident sich vor den eigenen Wähler:innen als gutmütigen Vater inszeniert, der sich für „die Entrechteten und Ungeschützten“ einsetzt, „die an der Last der Übergangsperiode am meisten leiden werden“, wird offen diskutiert, wessen Interessen er beschützt – die seiner eigenen mafiosen „Family“ – den Besitzern der großen Metallurgie-Unternehmen, die ihm auf die Beine verholten haben – oder der ukrainischen Oligarchie insgesamt? (Die von Janukowitsch geforderte Exportquote geht lediglich zu Gunsten der „ihm nahestehenden“ Metallurgie-Unternehmen. Der Kredit könnte hingegen auch der Befriedigung der Interessen anderer Oligarchengruppen dienen.)

Eins ist klar: die Interessen der Allgemeinbevölkerung werden aufgegeben, auch im Falle einer Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens.

Die ukrainische außerparteiliche Linke setzt auf die Aufklärung über die Auswirkungen der neoliberalen Ökonomie: Eingrenzung der Arbeitsrechte, Steigerung der Preise usw., insbesondere bei der ukrainischen Korruption und Bürokratie. Aber die Linke an sich ist ziemlich zersplittert oder, genauer gesagt, noch nicht konsolidiert und hat bisher kein einheitliches politisches Programm entworfen. Deswegen unterscheiden sich die Haltungen zu den Protestereignissen ziemlich stark: einige sind sehr skeptisch und wollen mit der politischen Ausbeutung der Protestierenden durch die parteiische Opposition nichts zu tun haben, andere nützen das Assoziierungsabkommen als Anknüpfungspunkt, um sich als Gruppe präsent zu machen und über Pro und Contra der EU an Beispielen der südeuropäischen Länder zu diskutieren.

Bisher wurde auf die Anwesenheit der Linken mit ihren feministischen und antixenophoben Slogans auf dem Majdan aggressiv reagiert. Die nationalistisch gestimmten Protestierenden erklärten das damit, dass linke Slogans „viel zu klug“ seien.

Nelia Vakhovska ist Projektkoordinatorin der RLS in Kiew/Ukraine und freischaffende Publizistin

Die Osteuropanachrichten der Rosa Luxemburg Stiftung sind als Online-Zeitung zu beziehen über: <http://www.rosalux.de/weltweit/osteuropa/osteuropanachrichten.html>

Walmart-Kampagne: ITF ruft weltweit auf

Die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) hat die ihr angeschlossenen Gewerkschaften aufgerufen, Beschäftigte in aller Welt in ihrer Forderung nach angemessenen Arbeitsbedingungen in Walmart-Unternehmen und den Firmen entlang der Walmart-Lieferkette zu unterstützen. Die weltweite Aktionswoche wird von der internationalen ITF-Schwesterorganisation UNI Global Union koordiniert und läuft vom 18. bis 24. November 2013. Sie steht unter dem Motto „Walmart-Beschäftigte fordern gemeinsam angemessene Arbeitsbedingungen“ und zielt darauf ab, die Arbeitsbedingungen in den Walmart-Filialen und entlang der gesamten Walmart-Lieferkette in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken und gleichzeitig zu verbessern.

Walmart ist das weltweit größte und finanzkräftigste Einzelhandelsunternehmen und wird von einer der reichsten Familien der Welt geführt. Trotz des Reichtums der Familie hat das Unternehmen dem Vernehmen nach Forderungen der Beschäftigten nach besseren Arbeitsbedingungen abgelehnt. Wie UNI Global Union berichtet, hat Walmart Arbeitnehmer/innen, die sich für bessere Arbeitsplätze in den USA ausgesprochen haben, diszipliniert und sogar entlassen. Gleichzeitig scheint ein Zusammenhang zwischen gefährlichen Arbeitsbedingungen in Walmart-Bekleidungsfabriken in Bangladesch und der Rana-Plaza-Katastrophe vom April 2013 zu bestehen, als über 1 100 Menschen ums Leben kamen. Weitere 112 starben bei einem Brand in einer Walmart-Kleiderfabrik letzte Woche. UNI Global Union hat Kunden und Beschäftigte gleichermaßen gebeten, sich für angemessene Arbeit einzusetzen und sich an Online- wie Offline-Aktionen zu beteiligen.

Auch die ITF ruft Beschäftigte von Argentinien bis Zypern zur Beteiligung an der Kampagne auf. Ingo Marowsky, ITF-Beauftragter für globale Organisationsprojekte im Bereich Lieferkette und Logistik, erklärte: „Als Beschäftigte sind wir gemeinsam immer stärker. Wenn die Unternehmen zunehmend grenzüberschreitend tätig werden, müssen wir uns ebenfalls über alle Grenzen und Sektoren hinweg organisieren. Der Kampf gegen internationale Giganten wie Walmart ist nur möglich, wenn wir alle zusammenhalten und ganz klar die Botschaft vermitteln, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich nicht schikanieren und erniedrigen lassen und auch nicht zulassen, dass ihr Leben durch schlechte Bedingungen gefährdet wird.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 22.11.2013

Großbritannien: Beschäftigte wehren sich gegen UPS

Am 22. November traten Mitglieder der britischen Gewerkschaft Unite in einen 24-stündigen Streik. Damit setzten sie sich gegen unverhältnismäßig hohe Arbeitsbelastungen und mutmaßliche Schikanen zur Wehr. Angehörige der britischen Gewerkschaft RMT bekundeten den Streikenden mit einem Besuch vor Ort ihre Solidarität. Onay Kasab, Regionalbeauftragter von Unite und einer der Streikposten, erläuterte die Hintergründe des Ausstands: „Es geht hier um etwas Grundsätzliches, nämlich die Möglichkeit, die Arbeit zu vernünftigen Zeiten anzutreten und enden zu lassen. Die UPS-Beschäftigten dürfen nicht einfach zu ihrer vertraglich zugesicherten Zeit in den Feierabend gehen, sie werden gezwungen, Überstunden zu arbeiten. Liefern sie etwas nicht aus, werden sie bestraft. Den Beschäftigten, die die Lieferwagen beladen, geht es nicht besser – der Platz, an dem sie arbeiten, heißt im Betriebsjargon Hühnerstall. Niemand sollte heutzutage mehr unter solchen Bedingungen arbeiten müssen – das ist eine Frage der Würde und des Respekts. Arbeitsbelastung muss angemessen sein, die Beschäftigten sollten nach Hause gehen dürfen, wenn ihre Arbeit zu Ende ist.“ Die Streikposten hinderten Lieferwagen im Depot Camden im Norden Londons, dem größten UPS-Lager in Europa, einige Stunden lang an der Ein- und Ausfahrt.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 22.11.2013

Norwegen: Rückendeckung für Hafenbeschäftigte

Der ETF und ITF angeschlossene Verkehrsgewerkschaften in Dänemark, Schweden und Norwegen unterstützen Hafenbeschäftigte im Terminal von Risavika, die vor fast zwei Wochen eine Boykottaktion gestartet haben. Erste Maßnahmen ergriffen die Mitglieder des Norsk Transportarbeiderforbund (NTF) in Risavika bei Stavanger am 1. November 2013, nachdem sich die Geschäftsleitung geweigert hatte, den landesweiten Kollektivvertrag für Hafenbeschäftigte zu unterzeichnen. Stattdessen hat der Arbeitgeber, Risavika Terminal AS, vorgeschlagen, Seeleute für Umschlagsarbeiten einzusetzen, was einen direkten Bruch der ITF-Klausel zur Hafenarbeit darstellen würde, wonach Schiffsbesatzungen keine Arbeiten durchführend dürfen, die traditionell von Hafenbeschäftigten durchgeführt werden. Auf der skandinavischen Konferenz der Arbeitnehmer/innen in der Verkehrswirtschaft brachten die 186 Delegierten ihre uneingeschränkte Unterstützung für den NTF zum Ausdruck. Zudem bekommen die Beschäftigten in Risavika seit

Beginn ihres Boykotts Rückendeckung von Hafengewerkschaften in Europa und aller Welt: Gewerkschaften in der ETF und in den ITF-Regionen stellen sich mit Solidaritätsschreiben hinter sie. Mit einer Nachricht an alle ETF- und ITF-Mitgliedsgewerkschaften bat der NTF vergangene Woche Hafengewerkschaften in Europa und weltweit um direkte Beteiligung an einer für Mittwoch, den 27. November 2013, in Risavika geplanten Demonstration oder um ihre Unterstützung durch rechtmäßige Solidaritätsmaßnahmen. Der Vorsitzende des Ausschusses der ETF-Sektion Häfen Terje Samuelsen erklärte: „Der Rückhalt, den die Hafenbeschäftigten hier in Norwegen bekommen, ist unschätzbar. Das Nichtzustandekommen einer Einigung in Risavika ist nur ein Beispiel für den Druck, dem die Hafenbeschäftigten in Europa und aller Welt ausgesetzt sind. Daher ist es umso wichtiger, dass man sich den Angriffen geschlossen entgegenstellt. Die Unternehmen möchten die guten Arbeitsbedingungen in unseren Häfen untergraben, die Gewerkschaften zerschlagen und ihre Gewinne steigern. Das können und werden wir nicht zulassen.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 21.11.2013

USA: Stromkonzern sperrt Mitarbeiter aus

Die Firstenergy Corp., einer der größten Stromkonzerne in den USA, hat in den frühen Morgenstunden des 25. November 150 Mitglieder des Utility-Workers Union of America (UWUA) ausgesperrt. Die Verwaltung hat bei der Penelec-Tochtergesellschaft im US-Bundesstaat Pennsylvania Beschäftigte ausgesperrt, um die Rentenansprüche der Beschäftigten zu senken und Zugeständnisse in der Gesundheitsvorsorge und bei den Arbeitsbedingungen zu erreichen sowie schlechtere Service-Standards für die Verbraucher zu verhängen. Firstenergy verlangt ähnliche Zugeständnisse von über 1.100 zusätzlichen UWUA Mitgliedern bei drei anderen Versorgungsunternehmen, die sich im Besitz des Unternehmens in den US-Bundesstaaten Pennsylvania, Maryland, West Virginia und Virginia befinden. Laut der UWUA ist die Aussperrung der Arbeiter bei Penelec Teil eines größeren Plan der Top-Führungskräften von Firstenergy, um ein Rollback der Sozialleistungen und schlechtere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter im gesamten Unternehmen durchzusetzen. Die ausgesperrten UWUA-Mitglieder sind daher an vorderster Stelle bei den Bemühungen der Gewerkschaft, die Angriffe auf den Lebensstandard der Beschäftigten von Energieversorgern zu beenden. Die UWUA hat an weitere Gewerkschaften appelliert, bei



Streikposten in Altoona, Quelle: <http://www.world-psi.org>

Firstenergy-Geschäftsführer Tonyx Alexander und Vice President Lynn Cavalier zu protestieren und zu fordern, dass diese die Aussperrung der Mitarbeiter von Energieversorgern in Pennsylvania sofort beenden und an den Verhandlungstisch zurückkehren, um über faire Vereinbarungen für Gewerkschaftsmitglieder an allen Standorten von Firstenergy zu verhandeln.

Quelle: <http://www.world-psi.org>, 28.11.2013

Mexiko: Festgenommene Arbeiter verteidigen

Am 10. November 2013 wurden Omar Pacheco, Adolfo Gómez Chareo, Julio Orona, Luis Orona und Ricardo Calderón willkürlich von Mitarbeitern der mexikanischen staatlichen Sicherheitsbehörden verhaftet. Sie sind alle Mitglieder der Gemeinde La Sierrita de Galeana im Staat Durango, und Verwandte von Ejidatarios, d.h. kommunalen Landeigentümern. Die drei Erstgenannten sind darüber hinaus Mitglieder des Local 309 der nationalen Bergarbeitergewerkschaft und wurden letztes Jahr von ihrem Arbeitgeber, der kanadischen Bergbaufirma Excellon Resources Inc. (Abbau von Silber) gefeuert, weil sie ihre Arbeitsrechte eingefordert hatten. Darüber hinaus war Héctor Pacheco schon zwei Tage vorher willkürlich festgenommen und in der Haft geschlagen worden. Weder wurden die Festgenommenen einem Haftrichter vorgeführt, noch wurden ihnen Haftbefehle gezeigt. Die sechs Gemeindemitglieder wurden seither wieder freigelassen, aber das Klima von Einschüchterung und Gewalt bleibt bestehen. Die Festnahmen ereigneten sich nur zwei Tage vor der bisher letzten Anhörung wegen einer Klage des Ejido La Sierrita (Organisation für Gemeindelandbesitz) gegen Excellon. Das Ejido La Sierrita kämpft seit 2004 für die Menschenrechte seiner Mitglieder und die Verteidigung ihres kollektiven Landes und ihrer natürlichen Ressourcen gegen die von Excellon de México S.A. de C.V., einer hundertprozentigen Tochterfirma von Excellon.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>, 11.11.2013

Kolumbien: Gewerkschafter ermordet – weitere in Gefahr

Oscar López Triviño wurde am 9. November in der kolumbianischen Stadt Bugalagrande ermordet, einen Tag nachdem er und andere Mitglieder seiner Gewerkschaft Sinaltrainal Todesdrohungen von Paramilitärs erhalten hatten. Gewerkschaftsmitglieder befinden

sich seit dem 5. November bei Nestlé in einem Hungerstreik. Hintergrund ist die Forderung der Gewerkschaft, dass der am 22. Juni 2012 unterzeichnete Gesamtarbeitsvertrag von Nestlé vollständig umgesetzt wird. Dies ist jedoch nicht der Fall. Nestlé Kolumbien weigert sich seit mehreren Monaten, Gespräche mit Sinaltrainal zu führen, gleichzeitig hat die Geschäftsleitung den Druck auf die Gewerkschaft erhöht. Außerdem delegitimiert und diffamiert Nestlé Kolumbien die Gewerkschaft. Die IUL verurteilt zusammen mit der nationalen Gewerkschaftszentrale CUT und Gewerkschaften in aller Welt diese Ermordung eines weiteren kolumbianischen Gewerkschafters und fordert die Regierung auf, umfassende Ermittlungen durchzuführen, um die Täter und Organisatoren dieses Verbrechens rasch vor Gericht zu bringen, und für andere hochgradig gefährdete Gewerkschaftsmitglieder alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 13.11.2013

China: Tausende Arbeiter protestieren gegen Nokia

Fast 3000 Arbeiter in der Nokia-Fabrik Dongguan haben eine Reihe von rotierenden Streiks und Sit-ins initiiert aus Protest gegen ein strenges Managementsystem, das bereits mehr als hundert Arbeiter gezwungen hat, das Unternehmen zu verlassen. Als Nokia im September 2013 vereinbarte, das globale Handy-Geschäft zu Microsoft auszulagern, änderte die Verwaltung in Dongguan einseitig das Arbeiter-Handbuch, welches die Arbeitsstättenverordnung beschreibt und festlegt, welche Strafen bei Verstößen anfallen. Viele Arbeiter glaubten, dass dies ein Schritt der Firma war, um sie zur Kündigung zu zwingen und dadurch Entschädigungszahlungen einzusparen. Einer der Arbeiter, Song Haibing, erklärte: „Wir stehen vor Strafvorschriften, die von Tag zu Tag härter werden. Wenn man sich fünf Minuten zu spät anmeldet, erfolgt eine Warnung. Zwei Warnungen bedeuten, du bist draußen.“ Die Beschwerden erreichten ih-

ren Höhepunkt am Morgen des 19. September, rund 1000 Arbeiter legten die Arbeit nieder und forderten vom Unternehmen, die Änderungen im Handbuch abzuschaffen und den Arbeitnehmern eine Entschädigung zu zahlen, bevor der Deal mit Microsoft am 1. Januar 2014 in Kraft tritt. Die Situation eskalierte weiter, als die Bereitschaftspolizei mit Schilden und Schlagstöcken bewaffnet die Arbeiter vertrieben. Elf Arbeiter wurden festgenommen und fünf werden noch immer festgehalten. Rund 3000 Arbeiter werden sich nun abwechseln mit friedlichen Sit-ins in der Fabrik, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Arbeitnehmersprecherin Frau Cheng sagte, die Arbeiter würden ihren Protest fortsetzen, bis Nokia reagiert. Die Arbeiter haben die örtliche Arbeitsbehörde und den Dongguan Gewerkschaftsbund gebeten einzugreifen und in der Auseinandersetzung zu vermitteln. Sie fordern auch die Reform und Umstrukturierung der Unternehmensgewerkschaft, die derzeit unter der Kontrolle der Verwaltung steht. Derzeit diskutieren die Arbeiter, wie Arbeitnehmervertreter gewählt werden können, die dann beginnen könnten, Tarifverträge mit Vertretern des Managements auszuhandeln und eine Lösung für die Beschwerden durch Verhandlungen zu erreichen.

Quelle: <http://www.clb.org.hk> (China Labour Bulletin), 22.11.2013

Neuseeland: McDonalds entlässt Gewerkschafter

McDonalds Neuseeland hat den Gewerkschaftsdelegierten Sean Bailey entlassen, weil er dazu beigetragen hat, die Tatsache zu enthüllen, dass das Unternehmen vielen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die mehr als eine vierstündige Schicht leisteten, wiederholt nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Essenspausen gewährt hat, und weil er vor einem parlamentarischen Ausschuss kritische Aussagen hierzu gemacht hat.

Die Gewerkschaft Unite ist derzeit wegen der fehlenden Essenspausen in einen Rechtsstreit mit McDonalds verwickelt. Bailey sagte vor einem Sonderausschuss aus, der das Arbeitsrecht untersucht. Danach erhielt er ein Disziplinarschreiben, in dem Folgendes festgestellt wurde: „Mit Ihren Aussagen während der Anhörung des Untersuchungsausschusses, zudem in Uniform, haben Sie allem Anschein nach gegen Ihre Pflichten gegenüber Ihrem Arbeitgeber verstoßen.“ Nach den Regeln des Parlaments ist es ausdrücklich verboten, jemanden wegen seiner Aussagen zu bedrohen oder zu benachteiligen.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 4.11.2013

Venro: Koalitionsvertrag erfüllt nicht alle Erwartungen ...

BONN. Der heute verabschiedete Koalitionsvertrag enthält im Bereich Entwicklungspolitik eine ganze Reihe guter Ansätze. Den Erwartungen auf eine politische Aufwertung und eine tatsächliche Neuausrichtung dieses Politikfeldes wird er jedoch leider nicht gerecht, stellt der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) fest. „Unsere großen Erwartungen konnte der Koalitionsvertrag nicht erfüllen. Darüber können auch die zugesagten zusätzlichen zwei Milliarden Euro nicht hinwegtäuschen, die im Laufe der Legislaturperiode zusätzlich zur Verfügung gestellt werden sollen“, so der Vorsitzende von Venro, Ulrich Post. Dies sei zwar ein guter Anfang, aber noch nicht ausreichend, um das international vereinbarte Ziel zu erreichen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Zu begrüßen sei, dass Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik verstanden werde und die Menschenrechte explizit gestärkt würden. Zudem sei es positiv, dass die Humanitäre Hilfe erstmals in einem Koalitionsvertrag aufgenommen worden ist und ihre Prinzipien wie Unabhängigkeit und Unparteilichkeit herausgestellt werden.

venro.org/presse/

Ausgestrahlt: 5:0 für AKW-Betreiber im Koalitionsvertrag

HAMBURG. Zur Koalitionsvereinbarung von Union und SPD erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Bei den Koalitionsverhandlungen hat sich die Union in allen fünf atompolitischen Streitfragen durchgesetzt. Die SPD konnte kein einziges Vorhaben durchsetzen. Atompolitisch ist die große Koalition eine 0:5-Niederlage für die SPD und ein großer Sieg für die Atomlobby. Die Erhöhung der Brennelementesteuer um 30 Prozent, die Weiterführung der Steuer über 2016, die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds für die Entsorgungs-Rückstellungen, das Verbot für Hermesbürgschaften für Atomexporte und der Stopp einer Klage des Bundes gegen die Rücknahme des Rahmenbetriebsplans in Gorleben, all diese SPD-Anliegen kommen im Verhandlungsergebnis nicht mehr vor. Weil die große Koalition auch in vielen anderen Fragen die Energiewende ausbremst, ruft .ausgestrahlt gemeinsam mit vielen anderen Umwelt- und Energiewende-Organisationen für diesen Samstag zu einer Großdemonstration „Energiewende retten“ in Berlin mit Umzingelung des Kanzleramtes auf. Faktisch läuft das Ende der Brennelementesteuer 2016 auf eine Steuerbefreiung für die AKW-Betreiber von jährlich über einer Milliarde Euro hinaus. Atomkraftwerke werden

dann zu richtigen Goldesel, die den Gewinn von RWE, Eon, EnBW und Vattenfall kräftig aufpäppeln. Noch 2011 hatte die CDU die Einführung der Steuer als ‚Subventionsabbau‘ bezeichnet, mit dem ‚die direkte Bevorzugung der Kernenergiewirtschaft beendet‘ und die ‚Chancengerechtigkeit‘ auf dem Strommarkt verbessert werden sollte. Jetzt gelten die umgekehrten Ziele: Bevorzugung der Atomwirtschaft und bessere Chancen für die vier großen Stromkonzerne. Noch vor wenigen Jahren beteiligten sich sowohl Parteispitze als auch viele tausend Mitglieder der SPD an Anti-Atom-Demonstrationen. Doch jetzt zählen nur noch die Interessen der AKW-Betreiber. Ein trauriges Kapitel. Ich empfehle der SPD-Basis ein Nein zum Koalitionsvertrag.“

www.ausgestrahlt.de

Paritätischer fordert Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe sowie verlässliche Finanzierung für Frauenhäuser

BERLIN. Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen appelliert der Paritätische an Union und SPD, in ihren Koalitionsgeprüchen endlich für eine verlässliche Finanzierung der rund 350 existierenden Frauenhäuser und zahlreichen Beratungsstellen zu sorgen. Darüber hinaus müsse über einen verbindlichen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe der Zugang aller Betroffenen zu den Zufluchtseinrichtungen und Beratungsangeboten sichergestellt werden. In einer aktuellen Expertise, die der Verband heute vorlegte, weist der Paritätische auf die schwierige Situation der Frauenhäuser in Deutschland hin und kritisiert die bestehenden Rahmenbedingungen massiv. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Frauenhäuser und Beratungsstellen sei absolut unzureichend und werde weder dem tatsächlichen Bedarf noch den fachlichen Anforderungen gerecht. „Die chronische Unterfinanzierung der Kriseneinrichtungen ist eine Zumutung. Ohne eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung und bundeseinheitliche Regelungen wird es uns nicht gelingen, ein stabiles Unterstützungssystem aufzubauen, das wirklich allen von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern den Schutz und die passgenaue Hilfe bietet, die sie in ihrer konkreten Notsituation brauchen“, so Verbandsvorsitzender Rolf Rosenbrock.

www.der-paritaetische.de

Pro Asyl: CDU/CSU und SPD planen Ausbau der europäischen Abschreckungspolitik

FRANKFURT. Als insgesamt enttäuschend bewertet Pro Asyl in einer ersten Reaktion den Koalitionsvertrag. „Die Hardliner der Union haben sich bei der europäischen Flüchtlingspolitik durchgesetzt“, sagte Günter Burkhardt,

Geschäftsführer von Pro Asyl. „Die SPD ist auf den Kurs der Abschottung eingeschwenkt.“ Der Ausbau der Abwehrmaßnahmen an und vor Europas Grenzen geht einher mit einigen Lockerungen im Inland. Die verabredete Bleiberechtsregelung erachtet Pro Asyl als wichtige Verbesserung, die in den ersten 100 Tagen umgesetzt werden muss. Die Grundpfeiler der Abschreckungspolitik wie Unterbringung in Lagern, das Sachleistungsprinzip oder das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz werden nicht angestastet. Die vorgesehenen Sprachkurse für Asylsuchende und Geduldete sind zu begrüßen, sie können ein Integrationskonzept für Flüchtlinge nicht ersetzen. Der Koalitionsvertrag setzt stattdessen auf Abschottung mithilfe von Drittstaaten – etwa in Nordafrika: „Die Bereitschaft von Herkunfts- und Transitstaaten bei der Bekämpfung der illegalen Migration, der Steuerung legaler Migration und dem Flüchtlingsschutz besser zu kooperieren soll geweckt oder gestärkt werden.“ Als positiv ist die geplante Bleiberechtsregelung zu bewerten. Der Koalitionsvertrag sieht eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung vor, die für langjährig Geduldete den Sprung in eine Aufenthaltserlaubnis ermöglichen soll. Die überwiegende Sicherung des Lebensunterhalts soll ausreichen. Pro Asyl fordert, die vorgesehene Bleiberechtsregelung in den ersten 100 Tagen der Amtszeit der neuen Regierung umzusetzen. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Herkunftsstaaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. Dies steht in eklatantem Widerspruch zur Realität. In den drei Herkunftsstaaten werden Angehörige der Roma und anderer Minderheiten massiv rassistisch diskriminiert. Das sogenannte Resettlement-Verfahren, mit dem schutzbedürftige Flüchtlinge aus den Erst-Zufluchtsländern aufgenommen werden, soll „deutlich ausgebaut“ sowie der Familiennachzug bezogen auf diese Gruppe erleichtert werden. Ein Ausbau des Aufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge ist ebenso wenig vorgesehen wie eine Erleichterung der Einreise von Syrern, deren Verwandte in Deutschland leben. Noch immer soll das Instrument der Residenzpflicht – eine EU-weit einmalige Schikane – nicht abgeschafft werden. Stattdessen soll die Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und Geduldeten jeweils auf das jeweiligen Bundesland begrenzt werden. Eine restriktivere Handhabung, wie in Bayern und Sachsen noch praktiziert, wird damit nicht mehr zulässig sein, was zumindest regional eine Verbesserung bedeutet. Dass Asylsuchende künftig nach drei Monaten statt bisher neun Monaten eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen, ist zwar

positiv, allerdings will die Koalition an der sich daran anschließenden Phase des „nachrangigen Arbeitsmarktzugangs“ festhalten. Der „nachrangige Zugang“ zum Arbeitsmarkt gilt bis zum Ablauf des vierten Jahrs nach Einreise und bedeutet in der Praxis, dass auch bei Vorliegen eines Jobangebotes geprüft werden muss, ob nicht ein vorrangig zu berücksichtigender Arbeitssuchender zur Verfügung steht. In strukturschwachen Regionen führt dies zu einem De-facto-Arbeitsverbot. Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention: In Sachen Kinderrechte sollen Flüchtlingskinder künftig nicht mehr bereits ab 16 Jahren als verfahrensmündig gelten – ein längst überfälliger Schritt, um den Schutzgedanken gegenüber Minderjährigen in den Vordergrund zu rücken.

www.proasyl.de

LSVD: Wachswichtige Formulierungen: Mit der Union ist keine Gleichstellung zu machen

BERLIN. Zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD erklärt Axel Hochrein, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD): „Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist enttäuscht von den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen. Die zentralen politischen Anliegen wie die Ergänzung des Grundgesetzes, die Öffnung der Ehe, die Forderung nach vollständiger Rehabilitierung der in Deutschland verfolgten Homosexuellen finden in dem Koalitionsvertrag keine Erwähnung. Es gibt lediglich die Ankündigung minimaler Fortschritte. Die Formulierungen zur Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften sind so widersprüchlich, dass jeder und jede daraus etwas anderes lesen kann. Ein gemeinsames Adoptionsrecht wird abgelehnt, allein eine Passage zur Regelung der Sukzessivadoption ist aufgenommen worden, dazu ist die Bundesregierung jedoch ohnehin verpflichtet. Zu begrüßen ist jedoch, dass der ‚Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz‘ um das Thema Homo- und Transphobie erweitert werden soll und die Tatsache, dass die Rechte intersexueller Menschen mehr Aufmerksamkeit bekommen. Der Koalitionsvertrag schreibt die grundlegende rechtliche, gesellschaftliche und symbolische Ungleichbehandlung fort. Deutschland fällt damit hinter die Entwicklungen zurück, die sich in vielen westeuropäischen Staaten und den USA zeigen: Das klare Bekenntnis der Regierung zur vollen Gleichstellung einschließlich der Öffnung der Ehe und dem ausdrücklichen Engagement für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen.“ www.lsvd.de/



Direkte Demokratie steht nicht im Koalitionsvertrag

BERLIN. Mehr Demokratie kritisiert scharf, dass der Koalitionsvertrag für die neue Bundesregierung keinerlei Regelungen zur direkten Demokratie auf Bundesebene enthält. „Damit bleiben die Bürgerinnen und Bürger Zaungäste der Bundespolitik“, so Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie. „Deutschland behält in Sachen direkter Demokratie seine Schlusslichtrolle im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern.“ Gegen die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden und Referenden hatte sich besonders Angela Merkel ausgesprochen. Obwohl SPD und CSU Vorschläge für einen Einstieg in die direkte Demokratie auf Bundesebene ausgearbeitet hatten, konnten sie sich offensichtlich gegen die CDU nicht durchsetzen. In der Bundesrepublik hat es noch nie eine Volksabstimmung auf nationaler Ebene gegeben. Eindeutig geregelt sind nationale Abstimmungen lediglich bei einer Neugliederung des Bundesgebietes nach Art. 29 GG oder bei der Ablösung des Grundgesetzes durch eine Verfassung (Art. 146 GG) – und das, obwohl das Recht auf Abstimmungen in Artikel 20 des Grundgesetzes festgelegt ist. Wir werden uns auch weiter mit vielfältigen Initiativen und Aktionen dafür einsetzen, dass endlich direkte Demokratie auf Bundesebene verankert wird – „Volksentscheid – bundesweit!“. www.mehr-demokratie.de/

„Nein zur großen Koalition des Militarismus; Frieden ist out – jedenfalls im Koalitionsvertrag“

BONN. Das Wort Frieden taucht erstmals seit mindestens 15 Jahren nicht mehr in den Überschriften des Koalitionsvertrages auf. Dies ist ein Synonym für einen aufrüstungs- und kriegsoffenen Koalitionsvertrag. Die Sprecher der Kooperation für den Frieden – einem Zusammenschluss von 59 Organisationen aus der Friedensbewegung – bewerten den

Koalitionsvertrag als verantwortungslos unfriedlich. „Der Koalitionsvertrag fällt in der Sicherheits- und Außenpolitik selbst hinter Altbekanntem zurück. Die gilt besonders für die Fortexistenz von Atomwaffen in Deutschland. Wir prophezeien: In den kommenden vier Jahren werden von Deutschland keine fundamentale Abrüstungsinitiativen ausgehen. Vielmehr drohen erhebliche Rückschritte auf dem Weg zu einer friedlicheren Welt“, so Jens-Peter Steffen von der IPPNW. Der Kurs stehe auf Aufrüstung, nicht nur durch eine europäische Drohne. Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperative bewertet den Koalitionsvertrag ebenfalls kritisch: „Eine Entscheidung über den Abzug der Atomwaffen aus Büchel wird abhängig gemacht von Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland; des Weiteren ordnet sich Deutschland in dieser Frage vollkommen der Nato, sprich den USA unter. Dies ist ein großer Rückschritt im Vergleich zum Koalitionsvertrag von 2009. Der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wird aufgegeben. Im Bereich Menschenrechte werden Macht- und Wirtschaftsinteressen auch weiterhin strategischen Partnerschaften, wie zum Beispiel zu Saudi Arabien, untergeordnet. Weiterhin wird Deutschland gewissenlos Waffen an menschenrechtsverachtende Regime verkaufen.“ „Wer deutsche Interessen an Ressourcen und Handelswege in den Mittelpunkt stellt, wie der Koalitionsvertrag, wer so ungeniert von der deutschen Hegemonierolle in Europa als Teil einer aggressiven europäischen Politik in der Welt spricht, der kalkuliert auch immer den Einsatz der Bundeswehr und der Nato in Interventionskriegen ein – sei es weiterhin in Afghanistan oder in Afrika. Friedenspolitik sieht anders aus“, so Reiner Braun, Geschäftsführer der Ialana. Die Friedensbewegung ist gefordert, mit mehr Aktionen Frieden und Abrüstung wieder gesellschaftlich auf die Tagesordnung zu setzen und der „großen Koalition des Militarismus in den Arm zu fallen“. www.koop-frieden.de

München: Blutiger Volkstrauertag mit geladenen Sturmgewehren und Schleppsäbeln (eine Kunstaktion)

MÜNCHEN. Am Kriegerdenkmal vor der Bayerischen Staatskanzlei marschierte am Volkstrauertag wieder eine Kompanie Bundeswehr mit geladenen Sturmgewehren und Kriegsmusik auf, gefolgt von Schleppsäbel tragenden Burschenschaftlern, Wehrmachtsveteranen und auferstandenen Kriegern aus dem 1870er Krieg. Von Trauer keine Spur. Ein Dunst von „Heldenverehrung“ lag über dem Gepränge.

Ginge es wirklich um Trauer um die vielen Millionen in Kriegen ermordeter, schwer verwundeter und traumatisierter Menschen, dann könnte und würde man auf Tötungswaffen verzichten.

Das Kommando für die Sturmge-
wehrträger lautete „präsen – tiert“.

Zwei Männer in Kampfanzügen mit blutverschmierten Gesichtern standen bereit zum Empfang und trugen Tafeln mit deutschen Kriegswaffen und Bildern verstümelter und in Kriegen schwerstverletzter Menschen.

Solche kriegsverletzten Menschen werden heute wie in allen Kriegen in Sanatorien versteckt, damit die Jugend nicht abgeschreckt wird, für das Vaterland als Held zu verrecken.

Auf den ebenfalls blutverschmierten Tafeln stand zu lesen:

Die Folgen aller Kriege:



*verkrüppelte, vergewaltigte, / ver-
störte, verwaiste, / vereinsamte,
verzweifelte, / hungernde, obdach-
lose und / qualvoll dahinsiechende
/ Frauen, Kinder und Männer +++
Milliardenprofite der Rüstungswirt-
schaft*

und:

*schöne deutsche Waffen / für die Si-
cherheit deutscher Finanzmärkte, /
Rohstoffimporte und Absatzmärkte*

*in aller Welt +++ Milliardenprofite
der Rüstungswirtschaft*

Einige der Beobachter des Militaristen-
aufmarsches nickten den beiden zu-
stimmend zu, sehr wenige grummelten
erbst „Arschlöcher“, trauten sich aber
nicht, laut zu werden.

Nur ein Hund kläffte laut und er-
schrocken in den gespenstischen Mili-
täraufmarsch hinein. Die Polizei nahm
seine Personalien auf.

Text u. Bild: Wolfram P. Kastner, Institut für Kunst und Forschung, Trivastr. 7, D-80637 München, Tel. +49+89-157 32 19, www.ikufo.de

Mannheim: Wieder zweimal „Volkstrauertag“ auf dem Hauptfriedhof

Wann lässt der VDK das Wehrmachts-Gedenken? Wenn es genügend „Gefallene“ der Bundeswehr gibt?

Wie dem „Mannheimer Morgen“ be-
bildert zu entnehmen ist, marschier-
ten bei der Hauptveranstaltung des
Volksbundes Deutsche Kriegsgräber-
fürsorge (VDK) die Reservisten-Reste
der Bundeswehr wieder vorneweg, als
Rechtsnachfolger und in der Traditi-
onslinie der Wehrmacht.

Bei der Veranstaltung des Arbeits-
kreises Entmilitarisierte Volkstrau-
ertag dagegen sprach u.a. der 92-jähri-
ge Ludwig Baumann in einer Videobot-
schaft zu den ca. 90 Anwesenden über
den langen Kampf der überlebenden
Wehrmachtsdeserteure um Rehabili-
tation, die sich dem verbrecherischen
Krieg entzogen hatten.

Zuvor hatte Thomas Trüper für den
AK Entmilitarisierte Volkstrauertag
die 90-jährige Geschichte des Volks-
trauertages nachgezeichnet als eines
Tages der moralischen Aufrüstung –
heute für den Bundeswehreinsatz im
Afghanistankrieg. Insbesondere ging
er auf die in Mannheim seit 25 Jahren
geführte Auseinandersetzung um die-

se militaristische Zeremonie ein. Eine
Kindergruppe der Falken stellte ein-
drucksvolle selbstgemalte Bilder zum
Thema „Krieg“ vor. Marco Brenneisen
erinnerte an der KZ-Gedenkstätte an
den langen Weg des KZ-Sandhofen
zurück in das „öffentliche Gedächtnis“
Mannheims.

Der VDK hatte bei seiner nachmittäg-
lichen Veranstaltung mit ca. 60 An-
wesenden offenbar zum Befreiungsschlag
gegen den Vorwurf militaristischer
Gesinnung ausholen wollen. Er hatte
unter dem Schirm des militärischen
Zeremoniells, in dem immer vor allem
der Wehrmachtssoldaten gedacht wird,
offenbar Vertreter der jüdischen Ge-
meinde und der Sinti und Roma auf-
treten lassen wollen – so jedenfalls seine
Ankündigung. Wie aus Kreisen des AK
Justiz und Geschichte des Nationalso-
zialismus in Mannheim zu hören war,
hatte der VDK außerdem vergeblich
versucht, auch das vor zwei Wochen
eingeweihte mobile Mahnmal für die
Opfer der Zwangssterilisation für seine

Feierstunde „auszuleihen“. Aber auch
der geplante Auftritt der beiden Gast-
redner klappte nicht. CDU- und VDK-
Kreisvorsitzender Claudius Kranz
musste bekannt geben, dass die beiden
angekündigten Redner trotz fester Zu-
sage leider verhindert seien. Seit den
60er Jahren ist der VDK genötigt, das
Gedenken an die „Gefallenen“ zu „er-
gänzen“ um das Gedenken an die Opfer
des Faschismus und von Gewaltherr-
schaft allgemein. Dieses Gedenken an
Täter und Opfer „in einem Aufwasch“
wurde in Mannheim von den Opfer-
verbänden bisher noch nie unterstützt.

Es ist an der Zeit, dass auf dem Mann-
heimer Hauptfriedhof am Volkstrau-
ertag tatsächlich der Opfer gedacht
wird. Dann kann man über die Täter
nicht schweigen. Und man sollte dar-
über reflektieren, ob Frieden mit mi-
litärischen Mitteln hergestellt werden
kann. Dies wäre ein weiterer positiver
Beitrag zur städtischen Kultur des Ge-
denkens.

Thomas Trüper

Auch neun Jahre danach ist es nicht vorbei

Kommunalpolitiker sorgen für eine Stelle, die NSU-Opfern aus der Kölner Keupstraße Hilfe anbietet

Die Gesellschaft tut sich schwer mit der Aufarbeitung der Verbrechen des NSU. Doch es gibt sie. Am greifbarsten für die Opfer dort, wo sich Menschen in ihrer Nähe ihnen zuwenden. Wie in Köln-Mülheim.

Auch mehr als neun Jahre nach dem Anschlag in der Kölner Keupstraße, der dem rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeschrieben wird, leiden Opfer unter den Folgen. Spät, aber nicht vergebens hat die Stadt Köln in Zusammenarbeit mit der Diakonie und dem Landschaftsverband Rheinland im Juli dieses Jahres eine Anlaufstelle für sie eingerichtet. Hier finden Geschädigte Hilfe bei sozialen, rechtlichen oder psychischen Problemen. Die Initiative ist von den Linksfractionen im Kölner Stadtrat und im Landschaftsverband Rheinland ausgegangen, einem der zwei Kommunalverbänden in Nordrhein-Westfalen. Sie sind dafür jetzt mit einem Preis „Kommune 2020“ der Linkspartei ausgezeichnet worden, der in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben wurde.

Bei der Nagelbombenexplosion waren am 9. Juni 2004 mehr als 22 Menschen türkischer Herkunft zum Teil schwer verletzt worden. Sie und die Anrainer der Geschäftsstraße litten anschließend nicht nur unter den Folgen des Anschlags. „Die Explosion war ein Schock“, sagt Ali Demir, der damals sein Steuerberatungsbüro in unmittelbarer Nähe des Tatorts hatte. „Aber die Verdächtigungen und Verhöre durch die Polizei waren es auch.“ Bei vielen hat das zu einer doppelten Traumatisierung geführt.

Die Geschädigten mussten lange mit den Folgen alleine klar kommen. Jetzt haben sie mit Martina Hille von der Diakonie Köln eine Ansprechpartnerin bei Problemen – von denen es noch genug gibt. „Das ist noch in keiner Weise abgeschlossen“, sagt die Sozialarbeiterin. Hilles Büro befindet sich nicht in der Keupstraße oder der näheren

Umgebung, sondern auf der anderen Rheinseite, in den Räumen der Diakonie in der Kölner Südstadt. „Für die Personen, die mich bislang aufgesucht haben, wäre es seltsam gewesen, wenn mein Büro in der Keupstraße gewesen wäre“, sagt sie. „Mehrere haben mir erzählt, dass sie nach dem Anschlag nie wieder in der Straße gewesen sind.“

Sie hat die bekannten Opfer angeschrieben und versucht, über Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit vor Ort weitere Betroffene zu erreichen. Sich mit Flugblättern auf die Straße zu stellen, um auf ihr Angebot aufmerksam zu machen, fände sie „der Sensibilität des Themas nicht angemessen“. Hille arbeitet seit mehr als zehn Jahren in der Flüchtlingshilfe und hat viel Erfahrung mit traumatisierten Men-

ten weggezogen. „Etliche zeigen Symptome einer Retraumatisierung“, sagt Hille. Dazu gehören extreme Schlafprobleme, Panikattacken, Depressionen, psychosomatische Störungen und Schmerzen.

Die Menschen, die sich an sie wenden, brauchen zum Beispiel einen Platz für eine Psychotherapie oder wünschen sich die Fortsetzung einer Behandlung, die von den Kostenträgern abgelehnt wurde. Hille hilft bei der Suche nach einem Platz, redet mit Verantwortlichen in Ämtern und bei Krankenkassen oder vermittelt Spezialisten. Unter ihren Klienten ist ein gelernter Handwerker. Er ist durch den Anschlag so schwer verletzt worden, dass er berufsunfähig ist. Doch die Arbeitsagentur will ihm keine Umschulung bewilligen. Auch hier sucht Hille eine Lösung.

Dass die Diakonie als Träger christlich ausgerichtet ist und potenzielle Klienten eine andere Religion haben, ist in ihren Augen kein Hindernis für eine Kontaktaufnahme. „Ich glaube, es ist wichtig, dass wir kein staatlicher Akteur sind“, sagt sie. Doch das Angebot stößt nicht nur auf Zustimmung.



Ulrike Detjen, Gregor Gysi, Jörg Detjen und Matthias Höhn auf der Preisverleihung

schen. „Wenn es gewünscht wird, mache ich Hausbesuche.“ Türkisch spricht sie nicht, aber bei Bedarf kann sie auf Übersetzer zurückgreifen.

Bislang haben sich sieben Personen an Hille gewandt. Sechs haben nie in der Keupstraße gewohnt. Ein Opfer ist nach der Empfehlung seines Therapiepu-

„Das bringt nichts“, sagt Ali Demir, der mittlerweile aus der Keupstraße weggezogen ist. Er glaubt, dass sich die Opfer längst selbst geholfen haben. Demir gehört im Münchner NSU-Prozess nicht zu den Nebenklägern. Für manche Anwohner in der Keupstraße ist der Prozess aber eine Möglichkeit, das Geschehene zu verarbeiten. Davon ist der Anwalt Mustafa Kaplan überzeugt. Er vertritt einen Juwelier, der Nebenkläger ist. Sein Mandant nimmt Martina Hilles Hilfe nicht in Anspruch. Kaplan glaubt aber, dass die Beratungsstelle für andere wichtig ist. „Das ist ein richtiges Angebot“, sagt er. Kaplan ist davon überzeugt, dass es immer noch Opfer des Anschlags gibt, die Hilfe brauchen.

Anja Krüger und Ulrike Hummel, Köln, Neues Deutschland 9.11.2013

In der Begründung der Preisvergabe der Jury durch Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke, heißt es: „Gerade in Zeiten, in denen die kritische Aufmerksamkeit für die Taten, Hintergründe und Helfer der neonazistischen Mörderbande NSU abzunehmen droht, und angesichts der immer noch unzureichenden Achtung, welche die Opfer und Hinterbliebenen erfahren, möchte die Jury die Initiative der Linken im Kölner Rat und in der Landschaftsversammlung Rheinland besonders würdigen.“

Umso höher ist das Engagement von Menschen einzuschätzen, die weiterhin auf umfassende Aufklärung drängen, die sich mit den politischen Reaktionen auf die neonazistische Mordserie nicht zufrieden geben, und die sich um jene kümmern, die lange Zeit mit einer doppelten Erniedrigung leben mussten.“

„Aufgepaßt am Friedrichsgaber Weg“

Abriß, Modernisierung und hohe Mieten drohen

NORDERSTEDT. Die „Neue Lübecker“, eine Wohnungsbaugenossenschaft, will am Friedrichsgaber Weg in Norderstedt Wohnungen sanieren, abreißen, neu bauen und das Gelände mit unterirdischen Garagen versehen. Wiederum haben 54 Familien am 30. November, mit Wirkung zum August nächsten Jahres, die Kündigung ihrer Wohnung erhalten. Insgesamt geht es um 133 Wohneinheiten. Begründung: Der marode technische Zustand. Aber man will sich nicht mit einer Erneuerung der vorhandenen Häuser begnügen, sondern auf das Gelände – aus Kostengründen wegen eines zu teuren neuen Bauplatzes – weiter sechs neue Blöcke daneben stellen. Vor und zwischen die bisherigen Häuser. Da machte sich nun Empörung breit.

Mieterinitiative gegründet

Ein Dutzend Mieterinnen und Mieter schlossen sich angesichts dieser Baupläne sofort zu einer „Mieter-Initiative-Friedrichsgaber Weg“ zusammen. Die Mieterinitiative hat sich erst einmal „schlau gemacht“ und mit vielen Vertretern aus verschiedenen politischen und sozialen Organisationen gesprochen: Mit dem Bau- und Sozialamt, mit dem Mieterverein Norderstedt e.V. und der Linken in Norderstedt. Die entstandene Unruhe wirkt: Ein Gespräch zwischen der Mieterinitiative und dem Vorstand der „Neuen Lübecker“ kam zustande. Protest und die Forderungen der Mieter wurden vorgetragen.

Wichtig sind folgende Gesichtspunkte:

1. Alle, die der Genossenschaft der „Neuen Lübecker“ angehören, besitzen „lebenslanges Wohnrecht“ und können bei Neubau, Umbau oder Sanierung die alte Wohnung behalten oder eine neue zugeteilt bekommen.

2. Der Bebauungsplan ist von der kommunalen Politik noch nicht beschlossen.

3. Bei Modernisierung gibt es Grenzen der Mieterhöhungen, die Kosten sind offenzulegen. Die Plangröße der Durchschnittsmiete für die „alten“ MieterInnen der gesamten Wohnanlage am Friedrichsgaber Weg liegt laut „Neuer Lübecker“ nach der Sanierung bei 6,20 Euro pro Quadratmeter plus Nebenkosten.

Die Mieter-Initiative will in Zusammenarbeit mit dem Norderstedter Mieterverein dafür sorgen, daß dies Recht nicht ausgehöhlt und umgangen wird.

Edda Lechner

Am 16. März finden in Bayern Kommunalwahlen statt. In München wird an diesem Termin auch das Oberbürgermeisteramt neu besetzt. Der langjährige Oberbürgermeister Christian Ude hat die Altersgrenze erreicht. Sein Versuch, bei den Landtagswahlen eine Mehrheit aus SPD, Grünen und Freien Wählern zu finden, um bayerischer Ministerpräsident zu werden, scheiterte vollständig. Mit Udes Amtszeit geht auch eine lange Phase der Münchner Stadtentwicklung zu Ende, die in den sechziger Jahren einsetzte: U-Bahn-Bau, Ausbau des Flughafens, Einrichtung des Olympiageländes, neues Messegelände, Ausbau der Universitäten, aber auch Abkehr vom Konzept der autogerechten Stadt, Fußgängerzonen, Parkanlagen – insbesondere zu nennen der Isarplan –, aber auch politische Innovationen, eine der ersten Stadtratskoalitionen von SPD und Grünen, wenig später dann auch mit der Rosa Liste.

Heute ist die Devise, die über diesen Veränderungen schwebte, „Weltstadt mit Herz“ fast vergessen, sie klingt verstaubt, aber vor allem gilt sie nicht mehr. Das Herz ist gestrichen. So nimmt die Identifikation der Einwohner mit den laufenden oder vorgeschlagenen Ausbauprojekten ab. Aber die tonangebenden Milieus, die Medien und die Politik mögen sich vom Konzept der „Weltstadt“ nicht trennen. So kommt es zu Stockungen und Blockaden. So scheiterte das Projekt, den Flughafen mit der Kernstadt durch eine Transrapidstrecke zu verbinden, am öffentlichen Unmut und dem drohenden Volksentscheid. Den Ausbau des Flughafens um eine dritte Startbahn blockierte eine Entscheidung der Münchner Bürgerinnen und Bürger. Und erst jetzt im November wandten sich in München und in den dafür in Anspruch genommenen Alpengemeinden bzw. Landkreisen eindeutige Mehrheiten gegen eine Bewerbung Münchens für die Winterspiele 2022.

Wirtschaftliche Entwicklung im Raum vollzieht sich in langen Phasen, der Ausbau Münchens war seit dem neunzehnten Jahrhundert konsequent dem Modell der Zentralstadt gefolgt, in der hohe Wirtschaftsleistung erbracht werden und die dem Land fortschrittliche Verfahren modellhaft zu Nachahmung liefert. Der große Vorzug der Münchner Stadtentwicklung war, dass hier das Konzept der Zentralität mit dem Konzept der Mischung verbunden wurde, Gewerbe neben Kunst, Industrie neben Wissenschaft. Heute würde der weitere Ausbau Münchner Zentralität der Mischung aber den Garaus machen und damit die Grundlage der Produktivität der Stadt beschädigen. Die Alarmzeichen zeigen sich in den Prozessen der Verdrängung und der Ausgrenzung, die von den tonangebenden Kreisen verdrängt, von der Linken aber wahrgenommen werden und politisch wirksame Bündnisse ermöglichen. Wie können in dieser Konstellation alternative Konzepte der Regionalplanung entstehen? Das ist die Preisfrage. *Martin Fochler*

München für Alle – Solidarisch und Demokratisch

Rede von Brigitte Wolf zu ihrer Kandidatur zur Oberbürgermeisterin (nach dem Konzept)

(Anrede) wir beteiligen uns in München zum ersten Mal an der Wahl eines Oberbürgermeisters oder einer Oberbürgermeisterin. Unabhängig von irgendwelchen Erfolgsaussichten oder medientechnischen Erwägungen halte ich dies für richtig und notwendig, denn auf wichtigen Gebieten der Kommunalpolitik haben wir ein Alleinstellungsmerkmal im Stadtrat. Es gibt viele in der Stadt, die diese Ideen teilen. Sie finden sich in Initiativen und Verbänden, mit denen wir zusammen arbeiten. Aber im Parteiensystem finden diese Meinungen und Kräfte nur bei uns einen sicheren Partner. Und sie benötigen eine stärkere Beachtung in der Öffentlichkeit und auch eine stärkere Unterstützung im nächsten Stadtrat.

1) Soziale Kluft in München wird immer größer. Arm trotz Arbeit, Altersarmut, Arme Familien – obwohl München boomt gibt es hier keine Verbesserungen in der Stadt. Auch bei der Stadt gibt es Niedriglöhne, die direkt in die Altersarmut führen werden. Und sollte auf Bundesebene tatsächlich ein Min-

destlohn vereinbart werden, wird dies in München nur bei wenigen Menschen dazu führen, dass sie nicht mehr zum Jobcenter müssen. Dafür sorgen schon die davon galoppierenden Mieten.

Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit benötigen wir auch in München einen echten öffentlichen Beschäftigungssektor – auf freiwilliger Basis, mit tariflichen Löhnen, längerer Beschäftigung und Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Das städtische MBQ-Programm muss in diese Richtung weiter entwickelt werden.

2) Wohnen ohne Not – in München ein Traum. Wer in München keine bezahlbare Wohnung findet, muss draußen bleiben oder sogar gehen – kann beispielsweise keine Stelle im Handwerk annehmen oder als Erzieherin im Kindergarten. Zwar tut die Stadt einiges für den Erhalt und Neubau günstiger Wohnungen, aber bisher zu wenig und zu spät. Erst dieses Jahr wurden GWG und Gewofag beauftragt, künftig mindestens 1000 Wohnungen jährlich zu bauen. Und erst jetzt werden Genos-

senschaften und Bauträgergemeinschaften bei der Grundstücksvergabe bevorzugt.

Zwei neue Erhaltungssatzungen wurden erlassen, diese verzögern Aufwertungsprozesse jedoch nur. Das wichtige Instrument des Umwandlungsverbots steht leider weiterhin nicht zur Verfügung. Günstige Mieten im Bestand zu halten gelingt eigentlich nur bei städtischen Wohnungen oder bei Genossenschaften. Der Kauf von Belegrechten oder der Zukauf von Wohnungen ist zwar ein schöner Plan, gelingt aber nicht am Wohnungsmarkt. Und ab nächstem Jahr wird München zusätzlich Platz schaffen müssen für Hunderte von Flüchtlingen – und zwar nicht in Gemeinschaftsunterkünften im Gewerbegebiet.

Für uns heißt das: Die Stadt muss noch stärker selber bauen – und zwar solange es dafür noch Flächen gibt.

3) Netzwerk von Städten statt Mega-City. Das explodierende Wachstum der Stadt führt zu zahlreichen Problemen. Die Münchner Mischung in den Stadtvierteln ist akut gefährdet. Private Bauträger bauen nur noch Luxuswohnungen – wenn die Stadt sie lässt. Die Umstrukturierung von Gewerbe zu Wohnen ist in vollem Gang – selbst an lauten und umweltbelasteten Standorten soll kein Gewerbe mehr Platz haben, sondern Wohnungen. Damit ist aber auch die Münchner Mischung in der Wirtschaft akut in Gefahr. Die Stadt verliert damit ein Stück ihrer Lebensfähigkeit und zerstört ein Standbein ihres Erfolges. Wohnen und Arbeiten muss sich gleichgewichtig entwickeln, sonst werden die Verkehrsbelastungen ins Unerträgliche wachsen.

München muss sich verabschieden von einer Politik des „Immer größer, immer höher, immer weiter“. Der Trend zur Mega-City bedeutet Kampf um zentrale Leitungsfunktionen: die Stadt wird zum Tummelplatz für Macht, Geld und Protz. Normales Leben interessiert nicht und wird verdrängt. Mit der Entscheidung gegen eine Olympiabewerbung haben die Münchnerinnen und Münchner ein wuchtiges Signal gegeben, dass sie eine solche Entwicklung nicht wollen.

Alternativ müssen wir ein regionales Netzwerk entwickeln, in dem die benachbarten Städte und Gemeinden zu einer übergreifenden Planung finden, die auf ihren jeweiligen Stärken aufbaut und Schwächen ausgleicht. Der massive Zuzug nach München und Oberbayern muss abgemildert und in andere Bahnen gelenkt werden. Das wäre eigentlich die Aufgabe des Freistaats, der sich allerdings auch dem Weltgeltungsdrang Bayerns mit einer entsprechenden Landeshauptstadt hingibt.

4) Zahlreiche Verkehrsprobleme sind

seit Jahrzehnten ungelöst. Durchstich Stäblistraße, Südanbindung Perlach, Nord-Ost-Anbindung der Messe – alles Straßenbauprojekte, von denen sich die Stadt viel zu spät verabschiedet hat. Eine weitere Autobahnanbindung an die A99 durch Verlängerung der Schleißheimer Straße steht drohend im Raum – die Verbesserungen, die im Rahmen der Sozialen Stadt im Hasenberg erreicht wurden, würden von dieser Großbaustelle begraben werden. Das muss verhindert werden.

Doch auch im ÖPNV geht nichts voran. Die Fehlplanung des zweiten Stammstreckentunnels blockiert weiterhin zahlreiche wichtige Maßnahmen in der Stadt: Sei es die U-Bahnverlängerung nach Pasing, der viergleisige Ausbau des S-Bahnhof Laim, die Umweltverbundröhre in Laim und damit die Tram-Westtangente, der viergleisige Ausbau der S8 – alles liegt auf Eis, bis diese Tunnelplanung endlich eingestellt wird.

5) Städtische Unternehmen sollen der städtischen Daseinsvorsorge dienen. Ob Flughafen, Messe oder Stadtwerke München – neben der Daseinsvorsorge für die Stadt tummeln sich diese Unternehmen auf Geschäftsfeldern, von denen die Stadt sich fernhalten sollte. Ob Flughafenbau in Brasilien, eine Messegesellschaft in Shanghai, Gasförderung in Norwegen oder ein Windpark vor Wales: Eine demokratische Steuerung und Kontrolle dieser Projekte durch den Stadtrat ist nicht möglich. Die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sind oft undurchschaubar. Für diese weltweite unternehmerische Tätigkeit gibt es in unseren Augen keine Legitimation durch die Münchnerinnen und Münchner.

Bei einem ureigensten Münchner Anliegen versagt der Stadtrat jedoch zur Gänze: Der Sanierung der städtischen Kliniken. Bei der von uns abgelehnten Ausgründung in eine GmbH wurden zahlreiche gravierende Fehler begangen – von der Geschäftsleitung bis zur finanziellen Ausstattung. Diese strukturellen Mängel zu beseitigen und den Erhalt der Kliniken in städtischer Hand zu sichern wird eine der größten Aufgaben des nächsten Stadtrats sein. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dies nicht auf dem Rücken der Beschäftigten geschieht. Die Auflösung von Textil- und Reinigungsservice konnten wir leider nicht verhindern.

6) Demokratie und Bürgerbeteiligung stärken. Mehr Rechte für die Bezirksausschüsse, Kommunaler Bürgerhaushalt, Kommunales Wahlrecht für Alle – das sind nur einige der Themen, mit denen wir die Beteiligungsmöglichkeiten an kommunaler Politik für alle Münchnerinnen und Münchner verbessern wollen.

Sperren schwächen die Demokratie: HAMBURG. Die Fraktion Die Linke stimmt der Verfassungsänderung zur Drei-Prozent-Hürde nicht zu. „Dafür gibt es mehrere Gründe“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Christiane Schneider. „Der wichtigste: Wir Linke sind immer für mehr Demokratie. Die Wiedereinführung einer Sperrklausel bei den Bezirksversammlungen heißt aber: weniger Demokratie. Die Stimmen, die durch Sperrklauseln verloren gehen, schwächen die demokratische Legitimation der Bezirksversammlungen. Die Pluralität und Vielfalt der Meinungsbildung der BürgerInnen im Bezirk bildet sich in ihnen eben nicht vollständig ab. Die Weiterentwicklung direkter Demokratie sollte nicht zu Begründung von Sperrklauseln missbraucht werden www.die-linke-hamburg.de“

Deutscher Städtetag zum Koalitionsvertrag: BERLIN. Nach Auffassung des Deutschen Städtetages können die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD enthaltenen Maßnahmen einen wichtigen Beitrag leisten, um Zukunftsaufgaben in unserem Land zu meistern. Vor allem die in Aussicht gestellten Entlastungen bei den kommunalen Sozialausgaben um jährlich fünf Milliarden Euro sind aus Sicht der Städte angesichts von fast 46 Milliarden Euro Sozialausgaben „ein gutes Signal für die Kommunen“. „Das angekündigte Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung entspricht einer langjährigen Forderung des Deutschen Städtetages“, sagten Maly und Lohse. Die damit verbundene spürbare Entlastung der Kommunen werde vor allem strukturschwachen Städten helfen, die besonders stark belastet sind. Auch die zugesagte Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes sei ermutigend: „Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb ist es richtig, die Ausgaben dafür gesamtstaatlich zu finanzieren.“ Noch offene Fragen sieht der Deutsche Städtetag bei der Finanzierung der Infrastruktur. Die angekündigten fünf Milliarden Euro für dringend notwendige Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur müssten zum Teil für kommunale Verkehrswege verwendet werden, auch die Einnahmen aus der Ausweitung der LKW-Maut sollten nicht nur in die Bundeskasse fließen, meinten Maly und Lohse: „Wir gehen davon aus, dass Bund und Länder auch bei der Infrastrukturfinanzierung ein verlässlicher Partner für die Kommunen sein werden. Wir erwarten deshalb, dass sie gemeinsam die notwendigen Mittel bereitstellen – auch für die sanierungsbedürftigen Verkehrswege der Kommunen.“ www.staedtetag.de (Zusammenstellung: ulj)

Europäischer Arbeitsschutz: forcierte Abbrucharbeiten mit dem Refit-Programm

In den Politischen Berichten 10/2013, S. 17 und 18 hatten wir über die europäische Arbeitsschutzpolitik und die von der Kommission unter der Überschrift „Schutz der Kleinen und Mittleren Unternehmen“ ausgebauten Strategie der Deregulierung bestehender Arbeitsschutz- und anderer Standards berichtet. In der Tendenz werden wesentliche Gegenstände der Arbeitsbeziehungen aber auch der Beziehungen von wirtschaftlicher Tätigkeit und Öffentlichkeit den Feldern der politischen und rechtlichen Befassung entzogen. Am 2. Oktober hat die Kommission nun mit einer Mitteilung an das Parlament und den Rat ihre nächsten Arbeitsvorhaben vorgestellt (1). Dabei werden alle wesentlichen Initiativen, die im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes teils seit Jahren behandelt werden oder behandelt werden müssten, suspendiert. Dies betrifft die Revision der Richtlinie zu krebserregenden Arbeitsstoffen ebenso wie eine lange geforderte Richtlinie zu Muskelskeletterkrankungen, die einem holistischen Ansatz folgen sollte, also alle Aspekte und Ursachen der Erkrankung des Muskelskeletts umfassen sollte, und damit auch eine Reihe von schon bestehenden Richtlinien ersetzt hätte (Bildschirmarbeitsrichtlinie, Richtli-

nie zum Heben und Tragen von Lasten, Richtlinie zu Hand-Arm und Ganzkörpervibrationen). Eine neue Gemeinschaftsstrategie für den Arbeits- und Gesundheitsschutz scheint damit in weite Ferne gerückt zu sein.

Das von der Kommission vorgelegte Dokument beinhaltet aber noch viele weitere Vorhaben in anderen Rechtsbereichen, die weit in das Verhältnis von wirtschaftlicher Tätigkeit und gesellschaftlicher Normsetzung eingreifen. So ist aufgerufen, dass das bestehende Regelwerk zur Arbeitnehmerbeteiligung geprüft werden soll. Auch die Verordnung zur Registrierung und Zulassung von Chemikalien (Reach-Verordnung) soll den Bedürfnissen der KMU angepasst werden. Weitere Themen sind die Anerkennung von Berufsqualifikationen, die Entsendung von Arbeitnehmern, die öffentliche Auftragsvergabe oder die Produktsicherheit und viele weitere Gegenstände.

Im Folgenden zitieren wir aus dem Papier der Kommission die Passagen, die sich auf den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Arbeitnehmerbeteiligung beziehen.

„Änderung und Konsolidierung: Eine Prüfung der drei Richtlinien über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer wird zu deren Konso-

#RethinkRefit



**Jedes Jahr sterben
100.000 Menschen an
berufsbedingten
Krebserkrankungen: Wie viele
müssen sterben bevor die
EU handelt, Herr Barroso?**

www.etuc.org

SYNDICAT
EUROPÉEN
TRADE UNION

lidierung durchgeführt, im Anschluss an einen Fitness-Check und vorbehaltlich der Ergebnisse der Konsultation der Sozialpartner. (S.6) ...

Der gesamte Besitzstand im Arbeits- und Gesundheitsschutz (Richtlinie 89/391/EWG und 23 auf dieser Richtlinie basierenden Einzelrichtlinien) wird derzeit einer vollständigen Bewertung unterzogen, die die spezifische Konsultation der Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) beinhaltet, zu denen auch die spezifischen Organisationen der KMU gehören. Die Schlussfolgerungen dieser ex-post-Bewertung werden vor dem Ende des Jahres 2015 zur Verfügung stehen. (S. 7) ...

Die Durchführung des Screenings hat auch sechs Bereiche identifiziert, in denen Rechtsakte vorbereitet werden, die Kommission aber entschieden hat, diese nicht vorzulegen. Dazu gehören Initiativen in den Bereichen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes für Friseure, Muskel-Skeletterkrankungen und Bildschirmarbeit, Tabakrauch und Karzinogene und Mutagene (wobei in einigen Bereichen noch Beurteilungsverfahren laufen). (S. 8)“

Der EGB hat nun mit einer Poster-Kampagne die acht wesentlichen Gegenstände, die von der Kommission auf Eis gelegt oder suspendiert wurden, veröffentlicht. Mit dem obenstehenden Poster wird auf die Tatsache verwiesen, dass wissenschaftlichen Schätzungen zufolge jährlich etwa 160 000 Menschen an arbeitsbedingten Erkrankungen sterben. Schon im Zusammenhang mit der letzten Kommissionsstrategie hatten der EGB und auch das Europäische Parlament diese Zahlen wiederholt genannt, um neben dem von der Kommission gesetzten Ziel einer Verringerung der Arbeitsunfälle (5- bis 6 000 tödliche Arbeitsunfälle jährlich in Europa) auch konkrete Zielvorgaben für den Bereich der berufsbedingten

Für ein demokratisches und soziales Europa

Auf ihrem 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstag hat die IG Metall die Frankfurter Erklärung „Aktiv für eine demokratische und soziale Gesellschaft“ verabschiedet. Die Passagen zur Europapolitik lassen vermuten, dass die IG Metall die entsprechende Diskussion in der Linkspartei registriert hat. (Die vollständige Erklärung unter: www.igm-gewerkschaftstag-2013.de)

„Die Krise in Europa ist nicht vorbei. Im Gegenteil: Was als ökonomische Krise begann, weitet sich durch die aktuelle Krisenpolitik mit ihrer einseitigen Sparpolitik zu einer sozialen Krise und zu einer Krise der Demokratie aus. In vielen Ländern sinken Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte dramatisch. Verursacher und Nutznießer der Krise werden aber geschont. Das muss sich ändern.

Die europafeindliche Propaganda wächst – nicht nur von Seiten rechtspopulistischer Parteien. Deshalb werden wir die bevorstehenden Europawahlen nutzen, um für ein demokratisches, soziales Europazu werben. Angesichts dieser wachsenden Ungleichgewichte braucht Europa unsere Solidarität – und wir brauchen Europa. Die IG Metall tritt ein für ein politisch verein-

tes, wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa.

Europa braucht nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik, damit die industrielle Basis und Wertschöpfung gesichert ist.

Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung sowie gerechte Besteuerungskorridore für alle EU-Mitgliedsländer, insbesondere in der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung und auch in der Besteuerung hoher Vermögen und Erbschaften.

Europa braucht den Rückhalt der Menschen. Dafür muss sie eine soziale Union werden.

Europa braucht den politischen Willen, diese Punkte im Sinne der Menschen zu regeln.“

Erkrankungen zu erreichen. Ein weiteres Plakat setzt sich mit der lange von der Kommission verfolgten Strategie auseinander, für Kleinbetriebe niedrigere Standards als für größere Betriebe zu etablieren, und setzt dagegen, dass Arbeitsschutzrechte Grundrechte sind. Ein nächstes Plakat thematisiert die Vereinbarung, die zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern des Friseurhandwerks erreicht wurde und den Hautschutz betrifft. Beide Seiten hatten entsprechend der in den EU-Verträgen festgelegten Verfahren bei der Kommission beantragt, die Vereinbarung in eine europäische Richtlinie umzuwandeln. Mit Verweis auf ihre Verpflichtung zur Beurteilung einer solchen Sozialpartnervereinbarung rechtfertigt die Kommission (Fn. S. 14 des Dokuments) ihre Ignoranz gegenüber der Vereinbarung. Der EGB verweist hier zu Recht auf die Beliebigkeit, mit der das Subsidiaritätsprinzip zitiert oder auch suspendiert wird. Insgesamt scheint aber die Fokussierung des EGB auf den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz der Sache nicht mehr gerecht zu werden. Eine Auseinandersetzung mit der Ersetzung von öffentlicher und politischer Debatte durch Befragung von Unternehmen und mit der dieses Vorgehen legitimierenden KMU-Ideologie der (jetzigen) Kommission stehen noch aus.

Rolf Gehring

1. http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/10/20131002_2_en.htm Mitteilung der Kommission vom 2. Oktober 2013. „Regulatory Fitness and Performance (REFIT): Results and next steps“. Das Dokument ist nur in Englisch verfügbar – eigene Übersetzung für diesen Beitrag.

DGB zum Koalitionsvertrag (Auszug)

Die **Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE)** von Tarifverträgen wird das Tarifvertragssystem stabilisieren und die Tarifautonomie stärken. Damit werden künftig viel mehr Beschäftigte bei der Bezahlung und bei den Arbeitsbedingungen durch tarifliche Vereinbarungen geschützt als bisher.

Die Öffnung des **Geltungsbereiches des Arbeitnehmerentendengesetzes (AEntG)** für alle Branchen stärkt die Tarifautonomie, verbessert die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Branche und führt für Beschäftigte in Deutschland, deren Arbeitgeber im Ausland ansässig sind, zur Zahlung gleicher Mindestentgelte.

Mit der Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen **Mindestlohns** in Höhe von zunächst 8,50 Euro pro Stunde ab dem 1. Januar 2015 wird eine langjährige Forderung des DGB endlich umgesetzt. Damit verbessern sich die Lebenssituation vieler Menschen und die Wettbewerbssituation von Unternehmen, die ihre Beschäftigten fair behandeln. Wir halten es im Sinne der Tarifautonomie für richtig, dass eine Mindestlohnkommission, in der die Sozialpartner maßgeblich vertreten sind, der Regierung in regelmäßigen Abständen die Anpassung des allgemein verbindlichen Mindestlohnes vorschlägt und die Regierung diese umsetzt. Das Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 bis 2018 wird den Erfordernissen der Betroffenen allerdings nicht gerecht. Wir werden uns daher für eine frühere Erhöhung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens einsetzen.

Die beabsichtigte Konkretisierung der Rechte des Betriebsrates beim Einsatz von **Werkverträgen** ist sinnvoll, aber in

ihrem Anspruch unzureichend. Das von DGB und Gewerkschaften geforderte Zustimmungsverweigerungsrecht beim Einsatz von Fremdfirmen muss stärker aufgegriffen werden. Informationsrechte allein reichen nicht aus, wenn es darum geht, einen drohenden Arbeitsplatzabbau oder Nachteile für die Beschäftigten zu verhindern.

Wir begrüßen die strengere Regulierung der **Leiharbeit** indem die Überlassung von Leiharbeitnehmern auf 18 Monate begrenzt wird. Die Einführung des Grundsatzes von „equal pay“ nach 9 Monaten geht in die richtige Richtung, reicht aber für einige Branchen insbesondere im Dienstleistungssektor nicht aus, weil eine große Zahl von Leiharbeitskräften nicht erreicht wird. Deswegen fordern wir den Gesetzgeber auf, weitere Maßnahmen zur Vermeidung von sogenannten Drehtüreffekten zu ergreifen. Auch das Verbot, Leiharbeiter als Streikbrecher einzusetzen, ist richtig. Das gilt zudem dafür, dass Leiharbeiter bei den betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten berücksichtigt werden.

Es ist es sehr zu begrüßen, dass die Zeitsouveränität der Beschäftigten durch einen **Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit** für Kindererziehung und Pflege und ein Rückkehrrecht auf frühere Arbeitszeit gestärkt wird. Auch die Erleichterung des Aufstockungsanspruchs durch mehr Informationspflichten des Arbeitgebers ist zielführend.

Es ist positiv, dass die Koalition die bestehenden **Lohn Differenzen** zwischen Männern und Frauen abbauen will. Im Gesetzgebungsverfahren wird der DGB auf eine stärkere Verpflichtung der Unternehmen hinwirken.

www.dgb.de

Arbeitgeberpräsident warnt davor, Agenda 2010 zurückzudrehen. FAZ, Do., 21.11.13 – „Die Hauptgefahr ist, dass der Staat immer öfter Dinge regeln möchte, die in der Verantwortung der Tarifparteien liegen und die sie regeln könnten, wenn es denn einen Bedarf gäbe. Ich sage: da soll sich der Staat bitte sehr heraushalten. Er ist kundenferner als wir. Ich kann nur eindringlich davor warnen, die Reformen der Agenda 2010 wieder zurückdrehen zu wollen. Das Ergebnis wäre ein gefährlicher schlechender Verlust von Wettbewerbsfähigkeit. Bis das aber auf der politischen Ebene erkannt wird, wird Deutschland wo möglich schon wieder als „kranker Mann“ Europas da stehen.“

Wachfirmen begrüßen Mindestlohn. FAZ, Fr., 22.11.13. Der deutsche Markt für Sicherheitsdienstleistungen ist hart umkämpft. Die Renditen nehmen bei wachsendem Umsatz ab. Laut einer Untersuchung des Marktforschungsunternehmens Lünendonk sehen die Firmen einen allgemeinen Mindestlohn positiv

und halten den Satz von 8,50 € pro Stunde sogar für zu niedrig.

Chemisch-pharmazeutische Industrie fordert Förderstopp für neue Ökostromanlagen. FAZ, Die., 26.11.13 – Die Chemie- und Pharma-Unternehmen investieren mehr im Ausland als im Inland. Mehr als 40 % der Auslandsinvestitionen gehen in die USA. Nach Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) verliere Deutschland als Standort an Attraktivität, weil in den USA die Energie- und Rohstoffkosten gesunken seien. In den USA würde Schiefergas mittels Fracking gefördert. Da die Energiewende die Energiekosten in Deutschland verteuert hätten, lägen die Stromkosten 2,5 mal so hoch wie in den USA. Gas sei sogar dreimal so teuer, so VCI-Geschäftsführer Utz Tillmann.

Arbeitgeberpräsident lehnt sozialpolitische Vorhaben der großen Koalition ab. FAZ, Fr., 29.11.13 – Die Rentenpläne werdet BDA-Präsident I. Kramer als „schwe-

ren Rückschlag“. „Leider haben sich die Verhandler von den derzeit hohen Rücklagen zu äußerst teuren Leistungsausweitungen verleiten lassen. Die vereinbarten Mehrbelastungen der Rentenkasse sind – bezogen auf das Jahr 2030 – etwa doppelt so hoch wie die Entlastung durch die Rente mit 67“, so Kramer. Die von der SPD durchgesetzte „Rente mit 63“ sei „teuer, ungerecht und geht an den Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes vorbei“. Wer vorzeitig abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehe, würde trotz gleicher Beitragsleistung besser dastehen als jemand, der später in Rente gehe und daher weniger lange Rente erhalte. Außerdem würde hier ausgerechnet für solche ein Privileg geschaffen, die ohnehin hohe Renten bezögen. Die neue „solidarische Lebensleistungsrente“ für Geringverdiener schaffe neue milliardenschwere Lasten und sei dennoch kein wirksamer Beitrag gegen Altersarmut.

Zusammenstellung: rst

Wirtschafts-
presse

Der verlorene Himmel: Wie säkular ist unsere Gesellschaft?

Philosophiekurs der ARGE in Erfurt vom 2. bis 4. Januar 2014

Religion und Moderne stehen in einem Spannungsverhältnis. Das ist der Kern der These von der Säkularisierung. Der Grundgedanke von Säkularisierung geht auf Max Weber und Émile Durkheim zurück. Beide gingen davon aus, dass Rationalisierung und Individualisierung als Triebkräfte der Moderne zu einem Niedergang der Bedeutung von Religion führen. Dieser Begriff von Säkularisierung ist jetzt in die Kritik geraten. Er muss sich heute dem Phänomen stellen, dass die Moderne das Religiöse nicht verdrängt und dass die rechtliche Trennung von Staat und Kirche nichts über die Präsenz des Religiösen in der Politik aussagt. Vielmehr verläuft die öffentliche Diskussion so, Religion habe auch unter modernen Bedingungen ihre Prägekraft bewahrt, sei mit der Moderne kompatibel, könne sogar selbst zur Quelle der Modernität werden. In diesem Artikel wird dagegen die Auffassung vertreten: Auch wenn das Christentum klar zur Linie der Evolution der Moderne aus der Gesellschaft des Mittelalters gehört, sind Religion und Kirche von den Folgen der Modernisierung insgesamt eher negativ betroffen. Ob sie je verschwinden, steht auf einem anderen Blatt. Was aber bedeuten „Religion“ und „Säkularisierung“?

Der Begriff der Religion

In den Medien wird ebenso wie in der religionssoziologischen Forschung oft sehr unspezifisch von Religion gesprochen. Häufig wird bewusst eine Definition vermieden. Angeblich „wissen“ die Menschen schon immer irgendwie, was Religion ist. Zumal sie mit diesem Wissen meist sehr starke Interessen, seien diese existentieller oder spiritueller Natur, verbinden. Religion gehört eben zu den am stärksten emotional besetzten Erfahrungen der Menschen.

Wollte eine Definition allgemeingültig sein, so müsste sie weit genug gefasst sein, um auch Phänomene von religiöser Relevanz, die außerhalb der institutionalisierten Religionen anzutreffen sind, beschreiben zu können. Also nicht nur historisch gewachsene Religionen und Volksfrömmigkeit. Sie müsste sich auch auf Phänomene wie Astrologie, New Age, neue Innerlichkeit, Sinnsuche, Okkultismus, Tischrücken, Wahrsagerei, Telepathie oder der Zivilreligion beziehen können. Eine derartige Definitionsleistung könnte der Religionsbegriff jedoch nur erbringen, wenn er nicht allein anzeigt, was Religion ist, sondern auch, was Religion nicht

ist. Wenn Buddhismus, Christentum, Islam, Scientology, Schamanismus und Bahai als Religionen bezeichnet werden können, dann muss es zwischen ihnen etwas Gemeinsames geben, das uns berechtigt, sie unter diesem Begriff zusammenzufassen und zum Beispiel von Kunst, Philosophie oder Literatur abzugrenzen und zu unterscheiden.

Grob vereinfacht kann man in der Religionssoziologie zwischen einer „substantialistischen“ und einer „funktionalistischen“ Definition von Religion unterscheiden.

Die substantialistische Definition bestimmt Religion durch ihre Substanz, ihren Inhalt. So kann man z.B. anhand von Lehraussagen, Heiligen Schriften und Glaubensbekenntnissen Unterscheidungen zwischen religiösen Phänomenen treffen: Die Heilige Dreieinigkeit im Christentum im Unterschied zum harten Monotheismus des Islam. Oder es sind elementare Erfahrungen, die das Leben von Menschen bestimmen, die sie für wahr halten und über die sich Mitglieder einer religiösen Gemeinschaft definieren. Als Beispiel seien hier die charismatischen Erweckungsgefühle der von Geist besetzten Gläubigen der Pfingstbewegungen genannt.

Die funktionale Definition dagegen beobachtet Religion bezogen auf ein Problem, das durch sie gelöst wird. Es kommt der funktionalen Definition darauf an zu bestimmen, was Religion zur Lösung des jeweiligen Problems, z.B. des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Deutung von Ereignissen oder des persönlichen Trostes beiträgt. Indem man betrachtet, was Religion konkret gesellschaftlich oder beim einzelnen Menschen leistet, wird es möglich, diese „Funktion“ als eine Möglichkeit zur Lösung des Problems – neben anderen – zu behandeln. Im Licht von Alternativen entsteht so die Möglichkeit des Vergleichs. Was hilft mehr mich zu beruhigen: Ob ich in meiner höchsten Not die Hände falte zum Gebet, buddhistisch meditiere oder nervös an meinen Nägeln kaue, das lässt sich dann soziologisch vergleichend in seiner Wirkung untersuchen.

Mit Niklas Luhmann, Jürgen Habermas und Hermann Lübbe sei hier angenommen, dass das Bezugsproblem der Religion in der Kontingenz und Sinnhaftigkeit allen Daseins besteht. Kontingenz kann an jedem Weltereignis erscheinen. „Dass ich meine Handschuhe verliere, ist ebenso kontingent wie die Möglichkeit, dass morgen mein

Haus einstürzt.“ Kontingenz meint, dass etwas möglich, aber nicht notwendig ist, dass es ist, was es ist, aber auch ganz anders sein könnte. Daher provoziert Kontingenz die ganz existentielle „Warum?“-Frage: warum ist etwas so, wie es ist? Warum ist es nicht anders? Und warum gerade ich?

Nicht Kontingenz selbst ist dabei religiös. Um mit der persönlich erfahrenen Kontingenz umzugehen, kann ich mich z.B. genauso gut in Arbeit stürzen, mich zum Psychotherapeuten begeben oder zur Flasche greifen. Die speziell religiöse Form, das Kontingenzproblem zu lösen, ist die Unterscheidung von Immanenz und Transzendenz. Die Unerreichbarkeit der Transzendenz, im Christentum z.B. die Rede von Gott, überführt alles Unbestimmbare der Welt in die gewisse Bestimmbarkeit. „Gott“ ist das Ende der „Warum?“-Frage. Die Religion sagt, es geschieht alles nach dem Willen Gottes, furchtbar im Zorn oder unergründlich in der Gnade, niemals aber nur willkürlich. Religiöse Rituale, Gebete und Heilige Schriften haben die Aufgabe, diese unüberbietbare Gewissheit herzustellen. Durch konkrete heilige Handlungen, wie das Spenden von Brot und Wein in den christlichen Sakramenten oder durch Meditation im Buddhismus oder im weltweit gemeinsamen Gebet der Muslime, wird die Einheit mit der Transzendenz real erfahrbar und für den Betroffenen zur Wirklichkeit. Welche „Wahrheit“ hinter dem vollzogenen Ritus auch immer stehen mag: Die funktionale Methodik der Religionssoziologie blendet diese Frage aus.

Der Begriff der Säkularisierung:

Unsere Definition von Säkularisierung will alle Erscheinungsformen von Religion beschreiben: religiöse Institutionen, verbindliche Weltdeutung und öffentlich vollzogene Rituale ebenso, wie individuelle Ideen, Gefühle und Erfahrungen. Religiöse Phänomene dürfen keinesfalls auf das Institutionelle begrenzt und Religion gar mit Kirche gleichgesetzt werden. Die Kernthese der Säkularisierungstheorie ist, dass Prozesse der Modernisierung einen letztlich negativen Einfluss auf die Bedeutung der Religion in der Gesellschaft ausüben. Sie nimmt an, dass sich das gesellschaftlich bedeutsame Gewicht von Religion in modernen Gesellschaften im Vergleich zu früheren Zeitepochen abschwächt, – mag es auch immer wieder gegenläufige Bewe-



Bibliothek Benediktinerstift Admont in Österreich: Sturz der skeptischen Wissenschaftler aus dem Himmel der göttlichen Weisheit

gungen geben. Die Säkularisierungsthese setzt voraus, dass in vormodernen Kulturen Religion und Kirchen einen höheren Stellenwert hatten als in der modernen Welt. Sie grenzt mit diesem Maßstab neuzeitliche Epochen von früheren ab.

Fünf Merkmale kennzeichnen diese Definition der Säkularisation:

Erstens, die wachsende Fähigkeit der Menschen, Kontrolle über ihre natürliche und gesellschaftliche Umwelt auszuüben. Wo Naturwissenschaften praktiziert werden, ist kein Platz für Wunder. Funktionieren die Systeme der Sozialversicherungen, erübrigt sich das Almosen des frommen Reichen, der sich den Himmel verdienen will. Es ist die Effektivität der auf dem offenen Markt erbrachten Leistungen, die wahrnehmbare Reste von Traditionen, Routinen, Gewohnheiten und gemeinschaftlicher Bindungen abschmelzen. „Die wohlfeilen Preise der Waren der Bourgeoisie“, schreiben Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ 1848, „sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt.“

Zweitens verselbständigen sich zunehmend gesellschaftliche Bereiche wie Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, aber auch Religion. Sie differenzieren sich aus. Nicht mehr gesamtgesellschaftliche Werte, wie in vormodernen Gesellschaften, setzen die Maßstäbe des Handelns für den Einzelnen, sondern die Regeln des jeweiligen Bereichs. Im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft spielt bei der Beschlussfassung die Frage der göttlichen Inspiration der Heiligen Schrift keine Rolle, wohl aber der aktuelle Börsenkurs und die Eigenkapitalrendite.

Ein drittes Merkmal ist die Individualisierung: Herkunft und Milieu legen nicht mehr ausschließlich fest, was der einzelne Mensch denkt, fühlt und glaubt. War es bis in die frühe Neuzeit für ein Individuum nahezu ausgeschlossen, nicht an Gott zu glauben, so ist offensichtlich der Glaube an Gott heute zu einer Option neben anderen geworden. Die Möglichkeit, aus einer Glaubensgemeinschaft auszutreten, ist verbrieftes Recht der Religionsfreiheit.

Viertens erlebt die moderne Gesellschaft die Pluralisierung kultureller Identitäten. Unter den Bedingungen religiöser Pluralität kann keine Glaubensgemeinschaft mehr unbefragt und selbstverständlich die Gültigkeit ihrer Ideen behaupten. Es gibt fortan den Markt der religiösen Möglichkeiten und mit ihm die Freiheit der Auswahl.

Und damit gilt, fünftens: Was wahr, gerecht, schön, gut, erstrebenswert ist, lässt sich immer auch noch einmal anders denken. Das mögliche Weltbild, der Horizont an Wissen und Erfahrung, hat sich durch die Massenmedien global erweitert. Die eigene Entscheidung ist gefragt.

Um an dieser Stelle einem möglichen Missverständnis vorzubauen: Diese angeführten Merkmale bewirken kein automatisches Verschwinden von Religion. Sie sind immer zugleich ambivalent. Die mit der praktisch unendlichen Erweiterung des Wissens einhergehende Verunsicherung und Orientierungslosigkeit von Individuen durch eine krisengeschüttelte Umwelt, kann ebenso strengste Religiosität und Fundamentalismus hervorbringen wie den Willen zu rationalem Begreifen und solidarischen Handeln. Gleichwohl ist es aber auch möglich, dass die

Segnungen der Moderne den religiösen Eifer schlichtweg erlahmen lassen: Denn je angenehmer dieses irdische Leben hienieden, desto schwerer ist es, sein Augenmerk auf das, was da nach ihm kommen soll, zu richten. Und so ist der Himmel darüber für manchen verloren gegangen.

Empirische Befunde

Als Paradebeispiel für den weltweiten Erfolg der nach dem Zweiten Weltkrieg von den Vereinigten Staaten ausgehenden Missionstätigkeit und der neuen Erweckung des christlichen Glaubens gilt die Pfingstbewegung. Sie macht inzwischen etwa ein Viertel aller weltweiten Christen aus und gilt religiösen Hoffnungsträgern als „Nagel im Sarg der Säkularisierungstheorie“. Diese charismatischen Bewegungen, deren Vitalität unter den Ärmsten stark ist, zeigen aber vor allem eines: Die enorme soziale Ungleichheit in den Ländern Süd- und Mittelamerikas und das explosive Potential, das sie eines überraschenden Tages entwickeln können.

In Deutschland waren nach 1945 die Kirchen die einzigen Institutionen, die in den Augen der Siegermächte als „nicht bestrafungswürdig“ galten. Lange Zeit, von den großen Kirchen gerne suggeriert, gab es die Annahme eines Booms der Religion in der Bundesrepublik nach 1945 bis in die 1950er-Jahre. Das lag daran, dass die beiden großen Kirchen die einzigen Organisationen waren, die das Ende der Nazi-Diktatur einigermaßen unbeschadet überstanden hatten. Kirchliche Hilfswerke übernahmen unmittelbar wirtschaftliche Versorgungsaufgaben. Vielen galten sie als die einzigen Institutionen, denen man zutraute, einen Neuanfang herbeizuführen. Dennoch:

Auch wenn in den 50er-Jahren praktisch jedes Kind getauft, gefirmt oder konfirmiert wurde: Die westdeutschen Kirchen haben die Austritte der Nazi-Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nie ausgleichen können.

Auch die folgende Austrittswelle in den 1960er-Jahren ist nur mit der inneren Abkehr durch gesellschaftliche Differenzierung und Individualisierung erklärbar. Mehr und mehr wurde sich hier bereits stillschweigend über religiöse Normen hinweggesetzt. Ganz praktische Gründe hatte das. Witwen im Krieg gefallener Soldaten leben ohne kirchlichen Segen – auch im sicher eher konservativen ländlichen Dithmarschen – mit Partnern zusammen, um den Rentenanspruch nicht zu verlieren. Trotz der „bleiernen“ Adenauerzeit ging den Kirchen ihre Deutungshoheit anhand der Reformen im Ehe- und Familienrecht verloren. Dem widerspricht nicht, wie stark Politik damals in Westdeutschland von katholischer und evangelischer Religion durchdrungen war. Anders, als die rein katholische Partei des „Zentrum“ bis 1933, war die Neugründung von CDU/CSU ein Zusammenschluss evangelischer und katholischer Strömungen. Das hat erheblich dazu beigetragen hat, angesichts der Flüchtlingsströme nach 1945, die in den Westen kamen, die fortbestehenden konfessionellen Spannungen abzubauen.

In den 1960er und 1970er Jahren öffnet sich die Kirchen gegenüber der Gesellschaft. Erinnert sei an das Zweite Vatikanische Konzil und den in diesen Jahren sprunghaften Ausbau von sozialen Einrichtungen der Caritas und Diakonie. Es ist der Übergang von der strafenden zur helfenden Kirche, vom gläubig folgenden zum eher suchenden Christen. Neue Spiritualität und erlebnisreiche Gottesdienste prägen diese Jahrzehnte. Dennoch zerfiel die kulturelle und politische Position der Kirchen. An die Stelle von Ordnung, Fleiß und Pünktlichkeit traten Werte wie Selbstverwirklichung, politische Teilhabe und Lebensgenuss. Ab Ende der 60er Jahre setzte eine breite Kirchaustrittswelle ein. Analysiert man die Zahlen der Kirchaustritte aus den katholischen Bistümern und evangelischen Landeskirchen seit dieser Zeit, so zeigen sich zwei statistische „Hochphasen“ und vier „Gipfelpunkte“. Die beiden Hochphasen sind die Jahre 1969–1978 und die Jahre 1990–1995. Die vier statistischen Gipfeljahre innerhalb dieser beiden Phasen sind Reaktionen auf politische Ereignisse: 1970 der Konjunkturzuschlag, 1974 die Stabilitätsabgabe, 1991 die Einführung der Kirchensteuer in den Neuen Bundesländern und 1995 der Soliditätszuschlag.

Diese beiden Phasen ebenso wie die Gipfelpunkte verlaufen bei den bei-

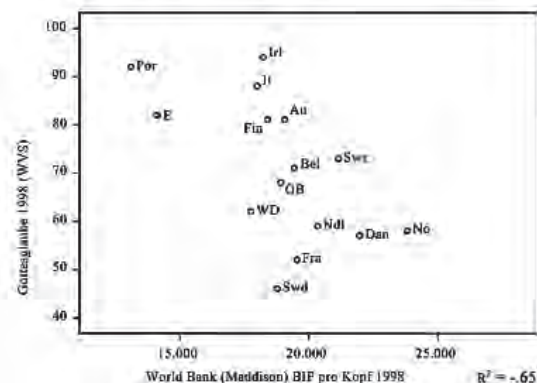
den großen Kirchen parallel – wobei interessant ist, dass sich der jahrzehntelange Abstand von 2 zu 1 bei den Kirchaustritten zugunsten der Katholiken seit 1995 erheblich verringert und sie mit den Protestanten gleichziehen. 1990 wird zum ersten Mal die Anzahl von 100.00 Austritten im Jahr bei beiden Kirchen überschritten und ist seitdem stets oberhalb dieser Größenordnung geblieben.

Das soziologische Feld der ehemaligen DDR wiederum ist für viele Religionssoziologen ein beliebtes Untersuchungsfeld, so als habe eines der säkularsten Gebiete weltweit die künftige Entwicklung im Westen bereits vorweggenommen. Den Bedeutungsverlust der ostdeutschen Kirchen nach 1989 erklären sie damit, dass diese durch die Annäherung an die Westkirchen ihren früheren Nimbus als Widerstandskraft verloren haben und so nichts zur Identität und dem Selbstverständnis der dortigen Bevölkerung beitragen. Der Widerstand der evangelischen Landeskirchen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gegen die Übernahme des Militärseelsorgevertrages wurde mit kirchlichem Geld gebrochen.

Zum Schluss sei auf die Grafik „Gottesglaube und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Westeuropa“ mit einem erläuternden Zitat von Detlef Pollack hingewiesen: „Herauszufinden, worin

die Ursachen dieses allgemein zu konstatierenden Rückgangs individueller Religiosität bestehen, erfordert die Durchführung komplexer Analysen ... Es sei aber ... zumindest darauf hingewiesen, dass das Religionsniveau, gemessen etwa am Kirchgang, am Glauben an Gott oder an der Bedeutung, die der Einzelne Religion in seinem Leben zuweist, mit dem Modernitätsniveau sinkt. Je wohlhabender Gesellschaften sind, je geringer das Ausmaß sozialer Ungleichheit in ihnen ist und je besser der Sozialstaat ausgebaut ist, desto

Grafik 3: Gottesglaube und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in ausgewählten Ländern Westeuropas (1998)

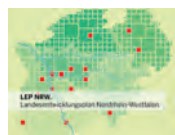


geringer ist das Religiositätsniveau. Dieser Zusammenhang sei hier an der Korrelation zwischen GDP per Capita (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) und Glaube an Gott exemplarisch verdeutlicht.“

Karl-Helmut Lechner

Quellen: Detlef Pollack: „Säkularisierung – ein moderner Mythos“, Tübingen 2012. „fowid“ (Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland), <http://fowid.de>

NRW: Paradigmenwechsel in der Landesentwicklungsplanung?



In Nordrhein-Westfalen befindet sich derzeit ein Entwurf für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) im Aufstellungsverfahren, der das seit 1995 aktuell gültige LEP ersetzen wird (beide unter <http://www.nrw.de/landesregierung/landesplanung/>).

Im Neuentwurf wird mitgeteilt, dass er auf früheren Landesentwicklungsplänen aufbaut. Tatsächlich aber werden die raumstrukturellen Zielsetzungen des alten LEP nicht aufgegriffen oder weiterentwickelt. Das liegt u.a. daran, dass Entwicklungskonzepte wie die regionalisierte Strukturpolitik bereits unter der Regierung Clement von 1998 bis 2002 aufgegeben worden sind. Außerdem gibt es im neuen LEP keine Festlegung von Raumkategorien mehr. Das kritisiert die Planungsgemeinschaft Städtereion Ruhr und stellt in ihrer Stellungnahme zum Neuentwurf fest, dass der Verzicht darauf proble-

matisch sei, da „dies(es) grundlegende landesplanerische Ordnungsprinzip trotz seiner recht begrenzten Steuerungswirkung unverzichtbar ist“. Die Beschreibung der Raum- und Siedlungsstruktur kam dagegen im LEP von 1995 sehr ausführlich vor. Ähnlich wie bei einer Landschaftsbeschreibung ergab sich eine Vorstellung, ein Bild vom Raum NRW.

So wurde die polyzentrische, wirtschaftliche Entwicklung in NRW beschrieben. Demnach sind Teile der ehemals ländlichen Räume zu mittelständisch geprägten industriellen Schwerpunkten geworden, mittlerweile sogar

mit einem durchschnittlich höheren Anteil von Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe als in den Ballungsgebieten, so dass „das Land nicht mehr in industrialisierte Verdichtungsgebiete und ländlich strukturierte Gebiete gegliedert werden kann“. Damit besteht NRW aus komplementären, sich ergänzenden Eignungsräumen, auf die Strukturpolitik abgestimmt werden muss: „Die regionalen und örtlichen Unterschiede von Verdichtung, Industrialisierung und ländlichen Strukturen stehen in vielfältigen Wechselbeziehungen zueinander und machen in ihrer Gesamtheit den als Einheit zu betrachtenden Siedlungs- und Wirtschaftsraum Nordrhein-Westfalen aus. Die regionalisierte Strukturpolitik setzt deshalb gezielt auf die Entwicklung der regionseigenen Kräfte. Die Konzepte und Leitbilder der regionalisierten Strukturpolitik tragen zu konsensfähigen Entwicklungsstrategien der Regionen bei.“

Weil diese Raumbeschreibungen im Neuentwurf fast nicht mehr vorkommen, kann die tatsächliche Landesentwicklung nicht mehr angemessen erfasst und beschrieben werden. Außerdem bleiben offene Fragen. Wie haben sich die komplementären Eignungsräume und die regionseigenen Kräfte seit 1995 entwickelt? Welche Entwicklungsstrategien haben etwas bewirkt und welche nicht, insbesondere dort wo dieser Prozess schleppend ist und sich Armut und Arbeitslosigkeit strukturell verfestigen, wie im Ruhrgebiet? An einer der wenigen Stellen, die sich noch auf Raumkategorien beziehen heißt es: „Die Leistungsstärke von Industrie und Gewerbe liegt in Nordrhein-Westfalen gleichermaßen in den Verdichtungsgebieten und den ländlichen Räumen, in denen traditionell viele Unternehmen beheimatet sind.“ Diese Aussage ist im Allgemeinen richtig. Im Konkreten vermittelt sie ein schiefes Bild, z.B. im direkten Vergleich zwischen dem angeschlagenen Ruhrgebiet und dem benachbarten wirtschaftsstarken Münsterland. Die unterschiedlichen Entwicklungen in NRW kommen nur am Rande vor, wenn es bei dem Punkt demographische Entwicklung um die schrumpfenden Räume geht.

Konkurrenz statt Kooperation

Am Textanfang des LEP von 1995 wurde das Leitbild der regionalisierten Strukturpolitik als ein wichtiger Zweck für sich dargestellt, aus der heraus Entwicklungsstrategien entstehen können. Im neuen LEP wird direkt in der Einleitung festgestellt, dass es infolge der dichten Besiedelung eine Konkurrenz verschiedenster Ansprüche an den begrenzten Raum gäbe. Es werden die Rahmenbedingungen für die räumliche Entwicklung genannt, die sich nach Ansicht der Autor/in-

nen seit den 1990er Jahren geändert hätten: „...insbesondere die absehbare Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen (‚Demographischer Wandel‘), die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft, de(r) Klimawandel sowie die Entwicklungen im Einzelhandel“.

Mit diesen Einleitungsworten steht die Konkurrenz verschiedenster Ansprüche an den Raum im Mittelpunkt und nicht etwa die Kooperation und die Entwicklung der regionseigenen Kräfte. Der alte LEP stellte noch fest: „Angesichts immer stärkerer regionaler Verflechtungen gelingt das nicht ohne eine übergeordnete überörtliche Planung und Gestaltung des Raumes. Ziel der Landesplanung ist eine nachhaltige Entwicklung, die soziale und ökonomische Raumanprüche mit ökologischen Erfordernissen in Einklang bringt.“ Aus den regionalen Verflechtungen ergeben sich demnach Entwicklungen, die von oben gefördert werden, zwar auch hierarchisch aber mit einer großen Betonung auf die Anerkennung berechtigter Ansprüche. Jetzt werden aus der Staatskanzlei, dort ist die Landesplanung derzeit angesiedelt, Rahmenbedingungen vorgegeben. Dazu gehören zusätzlich zu den oben Genannten: Entwicklungen im Einzelhandel, regionale Vielfalt und Identität entwickeln, zentrale Orte und Innenstädte stärken, Mobilität und Erreichbarkeit gewähren, Wachstum und Innovation fördern, regionale Kooperation verstärken, Metropolfunktion ausbauen. Das sind alles wichtige Punkte und es gibt gute Gründe sie in der Landesplanung zu berücksichtigen. Es hat sich aber der Duktus, der Blick „von oben“ auf das Land geändert. Mit dem Verzicht auf Raumkategorien wird der Gesichtspunkt der sich gegenseitig ergänzenden Eignungsräume mit über Bord geworfen. Ohne das Berücksichtigen der Komplementarität kann aus dem Wettbewerb zwischen den Regionen eher ein Konkurrenzkampf werden, weil der Gedanke der Kooperation weniger zwingend wird.

Zudem werden in der Vorgabe der Rahmenbedingungen Unterschiede an die jeweiligen Empfänger gemacht. So kritisiert die Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr, dass „der LEP in seinen Aussagen und Festlegungen häufig sehr unkonkret bleibt und die genaue inhaltliche Bestimmung und Ausgestaltung von Vorgaben auf die Ebene der Regionalplanung verlagert.“ Damit würden konflikträchtige Fragen ungelöst bleiben und es bestehe die Gefahr, dass es zu Unterschieden in der praktischen Anwendung (auf der Ebene der Bezirksregierungen) kommen könnte. Auf die kommunale Ebene bezogen stellt die Planungsgemeinschaft bei einigen Rahmenbedingungen dagegen fest, dass die planerische Hand-

lungsfähigkeit der Kommunen nicht genug berücksichtigt werde und der Durchgriff auf die Kommunen zu groß sei. Damit sind unnötige Konflikte vorprogrammiert.

Der ländliche Raum als Metropole

Der alte LEP begann in der Einleitung mit einer ausführlichen Positionierung NRW im europäischen Raum, etwa mit der Feststellung, dass der LEP „für Nordrhein-Westfalen und seine Teilräume den Platz im Gefüge der benachbarten europäischen und deutschen Regionen auf(zeigt)“ auch hier mit einem deutlichen Schwerpunkt auf den Gesichtspunkt der Kooperation. Im neuen LEP wird auf diese Positionierung verzichtet. Trotzdem werden die wichtigen Fragen der grenzübergreifenden Kooperation wenigstens kurz angeschnitten. „Für Nordrhein-Westfalen hat eine gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Niederlande und Belgien auch im Bereich der Raumordnung besondere Bedeutung.“

Nicht nachvollziehbar wird es, wenn der neue LEP die Metropolregion Nordrhein-Westfalen ausruft, als gäbe es keine Unterschiede zwischen den ländlich strukturierten Räumen und der Rhein-Ruhr Region. Der alte LEP hat noch festgestellt, dass „der polyzentrische Verdichtungsraum Rhein-Ruhr bereits die maßgeblichen Orientierungsmerkmale auf(weist), die Europäische Metropolregionen kennzeichnen.“ Es wurde sogar der Vergleich mit Agglomerationen wie Paris und London gemacht. Auch wenn das ziemlich übertrieben war: Metropolen sind große verdichtete Räume mit Zentralfunktionen, und das trifft auf die Rhein-Ruhr-Region zu und auf weite Teile NRW nicht, trotz der Verstädterung des ländlichen Raumes. Die Planungsgemeinschaft Ruhr stellt dazu fest: „Es steht zu befürchten, dass die Ausweitung des Metropolbegriffs auf ganz NRW die traditionell gewachsene und zukünftig notwendige Arbeitsteiligkeit innerhalb der Metropolregion Rhein-Ruhr beeinträchtigen könnte, da das zentralörtliche System künftig ungefiltert durchschlägt und die bisher der Metropolregion Rhein-Ruhr insgesamt zugestandene oberzentrale Funktion entfällt.“

Das Beteiligungsverfahren läuft noch bis zum 28. Februar 2014

Bis dahin können Stellungnahmen abgegeben werden. Die linke Fraktion im RVR bereitet dafür einen Workshop vor. Auf einem Treffen mit dem Landessprecher, den Vertretern in den Regionalräten u.a. wurden Schwerpunkte festgelegt: Flächenverbrauch, Siedlung, Verkehr, Metropoldebatte und Klimaschutz/Energiepolitik.

Thorsten Jannoff

„Misere, Protest, Aufstand – Ursachen und Verlauf der sozialen Protestbewegung in Israel“

Im Rahmen der Reihe „Innere Widersprüche – Plurale Gesellschaft: Israels Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten“ hatte die Deutsch-israelische Gesellschaft München (dig) Grisha Alroi-Arloser von der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer, (Tel Aviv) zu Vortrag und Diskussion am 21.11. im Foyer des Jüdischen Museums am St.-Jakobs-Platz eingeladen.

Der Referent, Herr Alroi-Arloser, 1956 in Jenisseisk, UdSSR geboren, in Köln aufgewachsen und Ende der 1970er Jahre nach Israel ausgewandert, leitete seinen Vortrag mit der ironisch zugespitzten Bemerkung ein, die Gesellschaft Israels bestehe aus Stämmen. Da wäre nicht nur die arabische Minderheit; eigene Sprache, kulturellen Zusammenhang und Lebensgewohnheiten pflegten auch die orthodoxen Juden, die Einwanderer aus Afrika, aus Russland usw. Diese fest zusammenhängenden Gemeinschaften prägten mit ihren spezifischen Anliegen das politische Leben. Dem entsprechend zerklüftet stelle sich das Parteiensystem dar.

Das von gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und staatswirtschaftlichen Ideen bestimmte Israel der Gründerjahre sei in den 60er und 70er Jahren in eine Finanz- und Entwicklungskrise geraten, die sich in hohen Inflationsraten, wachsender Staatsverschuldung im Ausland und stagnierendem Wirtschaftswachstum gezeigt hätten. Dies habe den Niedergang der ursprünglich tonangebenden Arbeitspartei mit sich gebracht. Eine Reduktion der Verteidigungsausgaben sei für die übergroße Mehrheit der Israelis nicht in Frage gekommen, ebenso nicht eine Abwertung der Staatsschulden, die bekanntlich Verlust der Souveränität mit sich bringt.

So entstanden politische Mehrheiten für eine Privatisierungspolitik, der eine – nicht nur in der Region – beispiellosen Entwicklung der Wirtschaftskraft folgte. Bei der Auflösung der staatsbürokratischen Verflechtungen sei man allerdings nicht den Weg einer breiten Streuung gegangen, das Produktivvermögen sei in die Hände weniger Familienverbände gelangt, eine Oligarchie habe sich herausgebildet. Zusammen mit der viel zu schwach regulierten Privatisierung sei damit der Grund für eine rasante Zunahme der sozialen Ungleichheit gelegt worden, die längst auch Menschen in gesicherter Beschäftigung betreffe. Ein beispielhafter Punkt sei die Wohnungsfrage.

Wohnen zur Miete sei in so gut wie allen Milieus der Gesellschaft Israels unbeliebt und der Erwerb von Wohneigentum praktische Voraussetzung für die Gründung einer Familie. Üblich sei, dass die ganze Verwandtschaft dabei mithelfe. Inzwischen seien die Grundstücks- und Immobilienpreise aber den Möglichkei-

ten breiter Bevölkerungskreise davongelaufen. Damit sei die Krise in all den Teilsegmenten der Gesellschaft Israels angelangt, in deren Zentrum stets die Familie stehe. Die Folge sei ein immer heftigerer Kampf der Interessengruppen um Ressourcen.

Alroi-Arloser sieht in dieser problematischen Situation aber auch die Chance zu einer Weiterentwicklung der Gesellschaft Israels. Die Wirtschaftskraft des Landes beruhe heute weitgehend auf moderner, wissensbasierter Industrie, die gut Ausgebildeten – auch Frauen – berufliche Entwicklung bietet. Damit gerieten die archaisch-patriarchalischen Familienbilder unter Erosionsdruck. Die Ausrichtung der Menschen auf die Familie und die Religionsgemeinschaft schwäche sich ab, das staatsbürgerliche Interesse nehme zu. Verbunden mit den Erdgasfunden der jüngsten Zeit, die die Zahlungsbilanz des Landes entlasten könnten, sei es die fortdauernde Innovationskraft in Wissenschaft und Wirtschaft und die damit verbundenen beruflichen Chancen, die dem Klientelismus, der heute das politische Leben des Landes bestimmt, entscheidend schwächen könnten.

In der Diskussion wurde gefragt, wie so man denn der Orthodoxie so große Privilegien einräume. Der Referent, der in seinem Vortrag mit Seitenhieben in diese fromme Richtung nicht gespart hatte, meinte dazu, dass wohl allen Israelis bewusst sei, dass die Fortdauer jüdischen Lebens – seit dem Bar-Kochba-Aufstand (132 bis 135 u. Ztr.) ohne Staat und ohne Land – auf diese Art der Pflege von Tradition, Religion und Gelehrsamkeit nicht denkbar gewesen wäre.

Eine Kraft gegen die zunehmende soziale Ungleichheit sieht Alroi-Arloser weniger in einer Wiederbelebung der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, Veränderungen würden am ehesten über die Politik und Veränderungen im Parteiensystem zustande kommen, Alroi-Arloser meinte in diesem Zusammenhang, dass eine Reform des Wahlrechts bzw. der Parteiengesetzgebung nötig bzw. überfällig sei. Der Referent hielt seinen eindrucksvollen Vortrag völlig frei, ganz auf die Gelegenheit zugeschnitten und auch ziemlich schnell. Eine dem Vortragsthema entsprechende Internetpublikation von Grisha Alroi-Arloser hat der Berichtersteller nicht gefunden, daher hier die Bitte um Nachsicht für eventuelle Ungenauigkeiten. Neben den sachlichen Aussagen zum Thema war an dieser Veranstaltung auch eine veränderte Auffassung von internationaler Solidarität erkennbar, weniger Heroisierung, Favorisierung und mehr Arbeit am Verständnis der vorfindlichen Problemlagen.

Martin Fochler

Die Linke: Beratung der Zusammenschlüsse wählt Delegierte für den Bundesausschuss

Gut besucht war die Beratung der bundesweiten Zusammenschlüsse der Partei Die Linke am 16.11. 2013 in Berlin. Auf der Tagesordnung standen die Wahl der Delegierten der Zusammenschlüsse für den Bundesausschuss, die alle zwei Jahre stattfindet, und die Beratung der Finanzierung der Zusammenschlüsse für 2014.

Zunächst berichtete Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer, jedoch über die Diskussionen des Parteivorstandes zum Ergebnis der Bundestagswahl und der Vorbereitung der Europawahl. Er wies darauf hin, dass im Bundestag eine linke Mehrheit möglich ist, gesellschaftlich jedoch die bürgerlichen Kräfte einschließlich AfD gewonnen haben. Dass Die Linke voraussichtlich die stärkste Oppositionsfraktion gegen eine große Koalition ist, sei angesichts der Situation der Partei vor einigen Monaten kaum zu erwarten gewesen. Nun ginge es darum, dieses Ergebnis bei den Europawahlen zu festigen und auszubauen.

Um die Europawahlen kreiste dann auch die folgende Diskussion. Vor allem Mitglieder aus dem Umfeld der Strömungen Sozialistische und Antikapitalistische Linke traten dafür ein, die „Europakritik“ nicht den Rechten zu überlassen und ein entsprechend „europakritisches“ Programm zu erarbeiten – manche sprachen ausdrücklich von einem „populistischen“ Programm. Diese Position stieß jedoch in mehreren Beiträgen auf deutliche Kritik, die sich für eine scharfe Abgrenzung von AfD-Positionen aussprachen, für ein Ja zur europäischen Einigung und für Forderungen nach einer Demokratisierung der EU-Institutionen, nach einer Sozialunion und einer wirksamen Hilfe für die südeuropäischen Länder. Solche Beiträge kamen aus dem Umfeld des Forums demokratischer Sozialisten (fds), den AGs Antifaschismus und Grundeinkommen und aus der ArGe Konkrete Demokratie.

Matthias Höhn führte zum Schluss aus, dass er als Bundesgeschäftsführer einen Wahlkampf vorbereitet, der sich am Grundsatzprogramm orientiert. Dort gäbe es keine Aussagen „gegen“ Europa oder die EU, sondern für den Kampf um eine demokratische und soziale Umgestaltung der EU.

Obwohl diese Auffassungen in der Diskussion sehr präsent waren, entsprachen die Wahlen zum Bundesausschuss diesem Ergebnis nur zum geringen Teil. Gewählt wurden z.B. Julia Wiedemann (AG Antifa) und Sebastian Koch (AG

Bürger/innenrechte und Demokratie). Stefan Liebich, direktgewählter Bundestagsabgeordneter aus Berlin und neugewählter Sprecher des fds, verfehlte die Wahl knapp.

Ausführlich diskutiert wurde anschließend die Finanzierung der Zusammenschlüsse. Da auf Grund des Bundestagswahlergebnisses erheblich weniger Gelder aus der Parteienfinanzierung zur Verfügung stehen, werden auch die Zuschüsse an die Zusammenschlüsse 190 000 Euro auf 140 000 Euro gekürzt. Zur Verteilung dieser Mittel lagen zwei Alternativmodelle des Bundesschatzmeisters vor. In der sehr ruhigen und sachlichen Diskussion kristallisierte sich schließlich ein weiterer Vorschlag heraus, der vom Bundesausschuss inzwischen gebilligt wurde.

Während die Beträge bisher nicht wirklich nachvollziehbar und bestenfalls „historisch“ begründet waren, erhält nun jeder anerkannte bundesweite Zusammenschluss einen Sockel von 900 Euro plus 7 Euro pro Mitglied. Die Regelung fördert die kleinen Zusammenschlüsse etwas stärker, als die beiden ursprünglich vorliegenden Vorschläge des Bundesschatzmeisters, da der Grundbetrag höher und für alle AGs gleich ist. Eine AG wie die ArGe Kon-

Bundesausschuss wählt Vorschlag für Europaliste

Der Bundesausschuss ist in der Partei Die Linke ein oft unterschätztes Gremium. Der „Kleine Parteitag“ ist nämlich nicht nur ein Beratungsgremium. Neben der wichtigen Aufgabe, die Finanzplanung des Parteivorstandes zu bestätigen (oder auch nicht), muss er nämlich den Vorschlag für die einzige zu parlamentarischen Wahlen aufzustellende Bundesliste beschließen. Bei der Tagung am 29. und 30.11. hat der Bundesausschuss den Listenvorschlag für die Europawahlen beschlossen. Für die aussichtsreichen ersten acht Plätze wurden vorgeschlagen:

1. Gabi Zimmer (Thüringen)
2. Tobias Pflüger (Baden-Württemberg)
3. Cornelia Ernst (Sachsen)
4. Helmut Scholz (Berlin)
5. Sabine Lösing (Niedersachsen)

6. Fabio de Masi (Hamburg)
7. Sabine Wils (Hamburg)
8. Ali al Dailami (Hessen)

Gewählt wird die Europa-Liste der Partei Die Linke auf der Bundesvertreterinnenversammlung am 16./17.2.2014 in Hamburg. Da die Ergebnisse im Bundesausschuss zum Teil sehr knapp waren, kann man mit durchaus aussichtsreichen Gegenkandidaturen rechnen. So gewann Tobias Pflüger auf Platz 2 der Vorschlagsliste nur per Losentscheid. Er war schon in der Wahlperiode 2004 bis 2009 im EU-Parlament, sein Gegenkandidat Thomas Händel (Bayern) ist es derzeit. Das Ergebnis war in zwei Stichwahlen 37:37 Stimmen.

Jürgen Klute (NRW), einer der zur Zeit sieben Mitglieder des Europaparlamentes, kandidierte auf Platz 6 und erhielt nur drei Stimmen.

krete Demokratie, Soziale Befreiung hat danach in Zukunft gerundet 1.800 Euro im Jahr zur Verfügung.

Mit der Regelung liegt nun erstmals ein nachvollziehbares, transparentes Verfahren zur Finanzierung der Zusammenschlüsse vor. Das wurde von

allen AGs begrüßt, auch wenn die Einsparungen beträchtlich sind. Das gilt jedoch auch für andere Bereiche, nicht zuletzt für das Personal der Partei Die Linke, das in einem Haustarifvertrag auf eine Tarifierhöhung verzichtet hat.

Wolfgang Freye

fds-Tagung 30.11/1.12: Linksreformer haben eine neue Führung

Das forum demokratischer Sozialismus in der Linkspartei wird künftig von drei Sprecher/innen geführt. Bei einem Treffen der linksreformerischen Strömung wurden am Wochenende Luise Neuhaus aus Sachsen, Julia Nüß aus Schleswig-Holstein und der Berliner Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich gewählt.

Neuhaus mahnte auf der Versammlung einen „Gegenentwurf zur herrschenden Gesellschaft“ an, wozu es aber nicht ausreiche, „zu sagen, dass die Gesellschaft Mist ist“. Stattdessen müsse die Linke erklären, „wie wir diese Gesellschaft entwickeln wollen“. Nüß erklärte, sie wolle vor allem die im Westen neu gegründeten Landesverbände des Reformer-Forums unterstützen.

Der Bundestagsabgeordnete Liebich erinnerte in seiner Rede unter anderem an den verstorbenen Linken-Vorsitzenden Lothar Bisky, der ebenfalls Mitglied des Forums gewesen sei. „Er würde uns empfehlen, am strategischen Dreieck weiterzuarbeiten“, so Liebich mit Blick auf die schon in der früheren PDS diskutierte Dialektik von „Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinaus weisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen“.

Das Forum dürfe sich aber auch nicht darauf beschränken, so Liebich weiter, „dass wir die Fahne der PDS schwenken“.

Zuvor hatte der Außenpolitiker der Linksfraktion den bisher amtierenden Sprecher der Strömung, Benjamin Hoff verabschiedet. Dieser bilanzierte auch kritisch die Arbeit des Forums, man

habe „zum Teil ein Schwarz-Weiß-Denken in Freund-Feind-Kategorien“ praktiziert.

Der Bundesvorstand besteht künftig aus neun weiteren Mitgliedern. Gewählt wurden: Achim Bittrich aus Sachsen-Anhalt, Lars Hilbig aus Baden-Württemberg, Jana Hoffmann aus Sachsen, Sebastian Kahl, Anja Mai er sowie Frank Puskarev aus Berlin, Anna-Lena Orlowski aus Nordrhein-Westfalen, Nora Schüttpelz aus Mecklenburg-Vorpommern und Martin Michels aus Niedersachsen.

Auf dem Bundestreffen, bei dem auch die Linke-Vorsitzende Katja Kipping, der Linke-Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn, Linksfraktionsvize Dietmar Bartsch, die linke Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau sowie Landes- und Fraktionsvorsitzende sprachen wurde beschlossen, Anträge auf eine grundsätzliche Überarbeitung des vorliegenden Entwurfs für ein Europawahlprogramm vorzulegen.

Desweiteren wurden die Delegierten des fds zum Bundesparteitag neu bestimmt. Benjamin Hoff und Nora Schüttpelz vertreten künftig das fds. Julia Nüß und Sebastian Kahl sind Ersatzdelegierte. (basierend auf nd).

www.forum-ds.de

30.11. MV der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sybille Stamm und Ulrike Detjen neu im Vorstand

Die Vorstandsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann erläuterte in ihrer Eröffnungsrede die Herausforderung für die ehren- und hauptamtlichen Strukturen der Stiftung, den immensen personellen Aufwuchs der letzten Jahre zunehmend in gemeinsame Schwerpunkte und Projekte zu kanalisieren. Seit 2008 hat sich die Zahl der Beschäftigten von 104 auf 198 fast verdoppelt. Dagmar Enkelmann: „Formate wie die Luxemburg Argumente sind großartig, um mit den Mythen aufzuräumen, die täglich produziert werden. Zukünftig müssen wir es schaffen, noch klarer zu machen, wo unsere Schwerpunkte liegen und unsere Angebote noch präsenter zu machen.“ Sie lobte zudem die verbesserte Zusammenarbeit mit der nahestehenden Partei Die Linke und ihren Parteivorsitzenden. „Wir sind parteinah, aber auch parteiunabhängig. Und diese Mischung ist genau die Richtige. Wir stehen in regem Austausch mit der Partei und nehmen Anregungen an. Aber wir stellen auch Kritisches zur Diskussion, und das können und müssen wir auch“, so Enkelmann weiter. Bei den Vorstandswahlen wählten die 74 stimmberechtigten Mitglieder Sybille Stamm und Ulrike Detjen. Stamm folgt auf Christa Luft, die aus dem Vorstand ausscheidet. Detjen tritt als Vertreterin und auf Vorschlag der Landesstiftungen in den Vorstand ein.

www.rosalux.de/

Inhalt

Aktuell

Linke Hessen: „Warum ist der Politikwechsel in Hessen gescheitert?“ • Drohne bei der EKD

Große Koalition: Schonende Modernisierung und abspeisende Reformen

4

Entwurf Europawahlprogramm der Linken

5

Wohin begibt sich die Ukraine?

7

Auslandsnachrichten

8

Walmart-Kampagne: ITF ruft weltweit auf • Großbritannien: Beschäftigte wehren sich gegen UPS • Norwegen: Rückendeckung für Hafenbeschäftigte • USA: Stromkonzern sperrt Mitarbeiter aus • Mexiko: Festgenommene Arbeiter verteidigen • Kolumbien: Gewerkschafter ermordet – weitere in Gefahr • China: Tausende Arbeiter protestieren gegen Nokia • Neuseeland: McDonalds entlässt Gewerkschafter

Aktionen ... Initiativen

10

Venro: Koalitionsvertrag erfüllt nicht alle Erwartungen • Ausgestrahlt: 5:0 für AKW-Betreiber im Koalitionsvertrag • Paritätischer fordert verlässliche Finanzierung für Frauenhäuser • Pro Asyl: CDU/CSU und SPD planen Ausbau der europäischen Abschreckungspolitik • LSVD: Wachswende Formulierungen: Mit der Union ist keine Gleichstellung zu machen • Direkte Demokratie steht nicht im Koalitionsvertrag • „Nein zur großen Koalition des Militarismus; Frieden ist out – jedenfalls im Koalitionsvertrag“

München: Blutiger Volkstrauertag mit geladenen Sturmgewehren und Schleppsäbeln (eine Kunstaktion)

12

Mannheim: Wieder zweimal „Volkstrauertag“ auf dem Hauptfriedhof

12

NSU-Opfer in Köln: Auch neun Jahre danach ist es nicht vorbei

13

„Aufgepaßt am Friedrichsgaber Weg“

14

München für Alle – Solidarisch und Demokratisch

14

Kommunale Politik

15

Sperren schwächen die Demokratie: Hamburg. • Deutscher Städtetag zum Koalitionsvertrag: Berlin.

Europäischer Arbeitsschutz: forcierte Abbrucharbeiten mit dem REFIT Programm

16

IG Metall: Für ein demokratisches und soziales Europa

16

DGB zum Koalitionsvertrag (Auszug)

17

Wirtschaftspresse

17

Der verlorene Himmel: Wie säkular ist unsere Gesellschaft?

18

NRW: Paradigmenwechsel in der Landesentwicklungsplanung?

20

„Misere, Protest, Aufstand – Ursachen und Verlauf der sozialen Protestbewegung in Israel“

22

Die Linke: Beratung der Zusammenschlüsse wählt Delegierte für den Bundesausschuss

22

fds-Tagung 30.11/1.12: Linksreformer haben eine neue Führung

23

MV der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sybille Stamm und Ulrike Detjen neu im Vorstand

23

Einladung zur Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung

Hiermit laden wir alle Mitglieder und alle Interessierten zur Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung ein. Sie ist am **Donnerstag, 2. Januar 2014, 19 Uhr in der Jugendherberge Erfurt, Hochheimer Str. 12 in Erfurt.**

Die Mitgliederversammlung findet im Rahmen der Winterschule der ArGe statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Allgemeine Aussprache – Kommunal- und Europawahlen 2014

Einladung zu einer Veranstaltung der Winterschule der ArGe

„Wirtschaftspolitik in Altenburg – Zwänge, Möglichkeiten und Ziele einer Landrätin der Linken“ mit Michaela Sojka, Landrätin Kreis Altenburg

Die AG Wirtschaftspolitik der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung lädt alle Interessierten zu einer Diskussionsveranstaltung zur regionalen Politik der Partei Die Linke ein. Als Referentin konnten wir die Landrätin des Kreises Altenburg gewinnen, Michaela Sojka.

Die Veranstaltung ist am

Freitag, 3. Januar 2014, 17 Uhr in der

2. Bericht über die Aktivitäten der ArGe – Kooperation mit dem Forum demokratischer Sozialismus (fds)

3. Finanzbericht der ArGe

4. Wahl der Sprecherin/nen der ArGe

5. Wahl von Delegierten mit beratender Stimme für den Bundesparteitag 2014/2015

6. Berichte aus den Arbeitsgruppen

7. Nächste Termine der Sommer- und Winterschule

8. Sonstiges

Brigitte Wolf und Wolfgang Freye (Sprecher/innen der ArGe)

Jugendherberge Erfurt, Hochheimer Str. 12 in Erfurt.

Die Veranstaltung soll auch ein Beitrag zu dem von der ArGe von Anfang an gewollten Ost-West-Dialog sein. Wir freuen uns deshalb über Interessierte aus Erfurt und dem Umkreis.

Eine Teilnahme ist nicht an den Besuch der Winterschule gebunden.

Informationen zur Winterschule 2014 von 2. bis 4. Januar in Erfurt

Arbeitsgruppe Philosophie/Kultur: Sind die Götter zurückgekehrt?

Einmal mehr befasst sich eine Arbeitsgruppe der Winterschule mit Religion. Ausführlichere Beschreibung siehe vorige Ausgabe der Politischen Berichte und den Artikel in dieser Ausgabe Seite 18.

Vorbereitungsgruppe: Karl-Helmut Lechner, Tel.: 0157 0303 1511, eMail: Karl-Helmut.Lechner@wtinet.de

Kurs Wirtschaft: Urbane Siedlungsräume, die ins Geflecht der weltweiten arbeitsteiligen Beziehungen eingebettet sind. Globale Mega-Citys bilden sich, wo diese Entwicklung an Hauptstädten von Weltgeltung ansetzen kann, so in Europa beispielhaft um Paris und um London. Typisch für diese Art von Siedlung sind eine Konzentration

von Leitung und Entscheidungsfunktionen im Zentrum der Ballung und eine Verdrängung ausführender und sozial tragender Funktionen an die Peripherie. Die sozialen und kulturellen Folgen sind bekannt: ruinöse Standortkonkurrenz und soziale Ausgrenzung. Zur Vorbereitung siehe auch den Artikel zur Landesentwicklung in NRW in dieser Ausgabe Seite 20.

Vorbereitungsgruppe: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Organisatorischer Hinweis

Anmeldung: Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen bitte bis 1. Dezember und nur bei: hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 29./30. März 2014

Bitte Termin vormerken, er liegt dieses Jahr bereits drei Wochen vor dem Os-

terwochenende. Ort wird noch bekannt gegeben.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 16. Januar 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 11. Januar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine:

13. Februar, 13. März, 9. April.